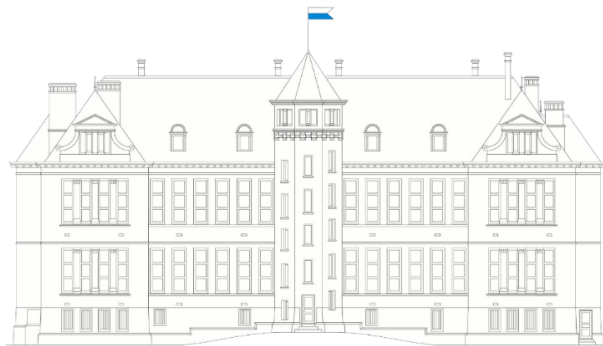


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT	7
EUROPÄISCHES PARLAMENT	7
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.07.2020 - 10.07.2020	7
MEDIENPOLITIK	7
Europäische Werke in Video-on-Demand-Katalogen; Regulierung audiovisueller Inhalte im Internet	7
EuGH verhandelt über das Verbot regionalisierter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen	7
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	8
Präsidentschaftswahl in Polen: Spannende Stichwahl am 10.07.2020	8
Zukünftige Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich: Verhandlungen bisher erfolglos	8
Beziehungen der EU mit der Republik Korea: Viele Gemeinsamkeiten / Zusammenarbeit intensivieren ..	9
EU-Erweiterung im Westbalkan: Weiteres Verhandlungskapitel mit Montenegro eröffnet	9
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	10
COVID-19	10
Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten ab 01.07.2020 ..	10
CYBERSICHERHEIT	11
EU-Konsultation zur Überarbeitung der NIS-Richtlinie gestartet	11
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG	11
EuGH: Gefährder können vor Abschiebung in normalem Gefängnis untergebracht werden	11
ASYL UND MIGRATION	12
EuGH-Urteil: Entgegennahme von Anträgen auf internationalen Schutz	12
Visaerleichterungen und Rückübernahme: Abkommen mit Belarus in Kraft	12
Asylverfahren in Ungarn: Schlussanträge des Generalanwalts in der Vertragsverletzungsklage der Kommission	13
POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT	13
Kommission legt Fahrplan zur Bewertung der Agentur für Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) vor	13
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	14
COVID-19	14
Kommission schlägt Maßnahmen zur Unterstützung des Schienenverkehrs vor	14
VERKEHRSPOLITIK	14
Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ein	14
Kommission leitet Konsultation zum EU-Weißbuch Verkehr 2011 ein	14
STRAßENVERKEHR	15
Kommission leitet Konsultation zu den Fahrgastrechten im Kraftomnibusverkehr ein	15
BINNENSCHIFFFAHRT	15
Kommission leitet Konsultation zu den Fahrgastrechten im See- und Binnenschiffsverkehr ein	15



Kommission leitet Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Schiffsverkehr ein	15
Verkehrsminister unterzeichnen Schlussfolgerungen zur effektiven Sanierung und Instandhaltung der Wasserstraßen im Donaauraum	16
GÜTERVERKEHR	16
Europäisches Parlament billigt Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterkehr	16
SCHIENENVERKEHR	17
Rat legt Standpunkt zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 fest	17
LUFTVERKEHR	17
Kommission unterzeichnet Luftverkehrsabkommen mit Südkorea	17
BAUEN UND WOHNEN.....	18
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für April 2020 in der EU.....	18
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	19
Politische Einigung bei Änderung der EU-Zustellungsverordnung (EuZVO) und der EU-Beweisnahmeverordnung (EuBVO)	19
EuGH: Gefährder können vor Abschiebung in normalem Gefängnis untergebracht werden	19
Kommission startet Konsultationen zur neuen „EU-Verbraucher-Agenda“	20
Angleichung an Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung.....	20
Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen zehn Mitgliedstaaten wegen Missachtung des Verbraucherschutzes bei Pauschalreisen ein	21
Bericht und Statistiken zum Europäischen Haftbefehl	21
EuGH urteilt zum Urheberrecht: Umfang des Auskunftsanspruch des Rechtsinhabers gegen Youtube .	22
EuGH urteilt zur gerichtlichen Zuständigkeit im Dieselskandal	22
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	23
Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung.....	23
Kommission schaltet neue Europass-Plattform frei.....	23
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	24
FORSCHUNG/HOCHSCHULE	24
Kommission gibt das Ergebnis der zweiten Ausschreibung zu den Europäischen Hochschulen bekannt – 24 weitere Netzwerke ausgewählt – TU München und FAU Erlangen-Nürnberg dabei	24
Zwischenberichte zu Missionen unter Horizont Europa veröffentlicht.....	24
Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung.....	25
CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion	25
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	26
Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Kommission erwartet tiefe, uneinheitliche Rezession	26



EU-HAUSHALT.....	26
Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament mahnt, die Finanzierung des Wiederaufbaus dürfe nicht die nächste Generation belasten.....	26
Bericht der Kommission zur Management- und Leistungsbilanz des EU-Haushalts 2019	27
STEUER.....	27
Kommissionsbericht zu Steuertrends in der EU: Steuereinnahmen vor der Coronavirus-Pandemie insgesamt stabil	27
Kommission gibt Vorschau auf geplantes Paket für Vereinfachungen und zur Betrugsbekämpfung im Steuerbereich.....	28
Einfuhrregeln für Kaffee: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	29
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Verlängerung der schwedischen Steuerbefreiung für nicht-lebensmittelbasiertes Biogas und Bio-Propan	29
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt italienische Steuermaßnahmen zur pandemiebedingten Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen	30
EuGH-Generalanwältin: Bei grenzüberschreitendem Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden muss Auskunftsanordnung gerichtlich überprüfbar sein	30
WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION.....	31
Tagung der Euro-Gruppe am 09.07.2020: <i>Paschal Donohoe</i> neuer Präsident, aktuelle Wirtschaftsprognose und fiskalpolitische Ausrichtung des Euroraums 2021	31
Europäischer Fiskalausschuss empfiehlt weitere Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bis Frühjahr 2021	32
Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Europäischen Zentralbank: Mögliche Annäherung und Lösung	32
Coronavirus: Inflation im Euroraum steigt im Juni 2020 auf 0,3 %	33
DIGITALE INFRASTRUKTUR.....	33
WiFi4EU: Ergebnisse der vierten Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung – bayerische Gemeinden dabei	33
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	34
WIRTSCHAFT UND BINNENMARKT	34
Coronavirus: Kommission genehmigt deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds	34
Coronavirus: Erneute Ausweitung des Befristeten Beihilferahmens	34
Europäische Plattform für einen gerechten Übergang	34
Folgenabschätzung zum Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume.	35
Kommission verabschiedet Durchführungsverordnung für kleinflächige Zugangspunkte	35
Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Kommission erwartet tiefe, uneinheitliche Rezession	35
Kommission veröffentlicht Binnenmarktanzeiger 2020	35
EuGH: VW kann wegen der Verwendung von Manipulationssoftware auch in anderen Mitgliedstaaten verklagt werden	36
Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ein	36



Konsultation zu strengeren Emissionsstandards für Benzin- und Dieselfahrzeuge	36
Wertpapieraufsicht: ESMA soll mögliches Aufsichtsversagen im Fall Wirecard prüfen	37
Fahrplan zum Aktionsplan Kapitalmarktunion	37
Konsultation und Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie Solvabilität II	37
EU-Wettbewerbsrecht: Konsultation zur Evaluierung der Marktdefinition	37
EU-Wettbewerbsrecht: Europäische Kommission erwägt Ausnahme bei Tarifvereinbarungen für Selbständige	38
Kartellrecht: Bericht der Kommission über die Auswirkungen der Verordnung über Interbankenentgelte	38
EuG: Herabsetzung der gegen Infineon wegen Beteiligung an einem Smartcard-Chips-Kartell verhängten Geldbuße	38
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von OSRAM durch AMS	39
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Sixt Leasing durch Hyundai Capital Bank Europe	39
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	39
Coronavirus: CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion	39
Investitionsoffensive für Europa mobilisiert 500 Mrd. €	40
NavVis erhält 20 Mio. € im Rahmen der Investitionsoffensive Europa	40
AUßENWIRTSCHAFT	40
Rat verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis 31.01.2021	40
ENERGIE	41
Kommission legt Strategien zu Wasserstoff und zur Integration des Energiesystems vor und startet Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff	41
Ratsschlussfolgerungen im Energiebereich	41
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	43
UMWELT	43
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie in Bezug auf die Luftfahrt	43
EuGH präzisiert den Begriff "Ruhestätte" der FFH-Richtlinie	43
Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Verletzung der Umwelthaftungsrichtlinie ein	44
EUA veröffentlicht Briefing zur Verbindung von Schutzgebieten mit grüner Infrastruktur	44
Kommission startet Konsultation zu den EU-Vorschriften für fluoridierte Treibhausgase	45
Kommission startet Online-Plattform für einen gerechten Übergang (JTP)	45
Kommission veröffentlicht Bericht zur Bewertung der Umsetzung der Richtlinie über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen	45
EuGH präzisiert die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung	46
Kommission startet Konsultation zum Baseler Übereinkommen	47



VERBRAUCHERSCHUTZ	47
EuGH weist Klage von Geflügelfleischproduzenten aus Brasilien ab	47
Kommission legt Jahresbericht zu RAPEX und Ergebnisse der CASP vor	47
Kommission startet Konsultation zur neuen "EU-Verbraucher-Agenda"	48
COVID-19	49
Kommission veröffentlicht Erklärung zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	49
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	50
Rat diskutiert per Videokonferenz über Fortschrittsbericht zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020	50
Trilog erzielt informelle Einigung zur GAP-Übergangsverordnung	50
Analyse des Europäischen Rechnungshofs sieht Klimaschutzausgaben der GAP überbewertet	50
Absatzförderung von Agrarprodukten: Kommission veröffentlicht zwei zusätzliche Ausschreibungen zur Bekämpfung der COVID-19-Auswirkungen	51
EU hebt Einfuhrzölle auf Mais, Roggen und Sorghum auf	51
Kommission veröffentlicht Überblick über die EU-Eiweißfuttermittelversorgung	52
Kommission veröffentlicht neuen Ausblick auf die Agrarmärkte	52
EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse im ersten Quartal 2020 aufstrebend	52
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	54
Kommission legt Vorschläge zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa vor	54
Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda sowie einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung	54
Europäisches Parlament billigt Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr	54
EU-Wettbewerbsrecht: Kommission erwägt Ausnahme bei Tarifvereinbarungen für Selbständige	55
EuGH zum Anspruch auf bezahlten Urlaub nach rechtswidriger Entlassung	55
Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt: Bewertung des EU-Rechtsrahmens	56
Arbeitslosenquote steigt im Mai 2020 im Euroraum auf 7,4 % und in der gesamten EU auf 6,7 %	56
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	57
Coronavirus: Kommission richtet weitere globale Geberkonferenz aus	57
Coronavirus: CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion	57
Coronavirus: EU-Initiative zur Erleichterung des Handels mit Gesundheitsprodukten	57
Kommission legt Bericht über Auswirkungen des demografischen Wandels vor	58
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	59
Folgenabschätzung zum Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume .	59
Konsultation zur Überarbeitung der NIS-Richtlinie gestartet	59



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 08.07.2020 - 10.07.2020

Vom 08.07.2020 - 10.07.2020 fand eine Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel statt. U.a. folgende Themen prägten die Tagung: Die Präsentation der Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft durch Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (siehe eigener Beitrag in diesem Bereich) sowie die anschließende Diskussion mit den Abgeordneten über Strategie und Ziele der Präsidentschaft in den nächsten sechs Monaten, die Debatte über die künftige EU-Finanzierung und zum Wiederaufbaufonds im Vorfeld des EU-Gipfels am 17./18.07.2020, die Billigung der Ernennung von *François-Louis Michaud* (FRA) als Exekutivdirektor der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, ein Beschluss über die Reform zu den Regeln im Straßengüterverkehr, Resolutionen zur EU-Strategie im Bereich der öffentlichen Gesundheit nach COVID-19, zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie zur Chemikalienstrategie (Nachhaltigkeit) und Leitlinien für die Beschäftigungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten sowie für die transeuropäische Energieinfrastruktur.

Weitere Informationen zu den Fachthemen, siehe Beiträge unter den Ministerien.

[Pressemitteilungen des EP zur Plenartagung](#)

MEDIENPOLITIK

Europäische Werke in Video-on-Demand-Katalogen; Regulierung audiovisueller Inhalte im Internet

Die Kommission hat am 02.07.2020 Leitlinien zur Anwendung der Richtlinie 2018/1808 über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) herausgegeben. Sie gelten ab 20.09.2020 und betreffen zum einen die Berechnung der erforderlichen 30 % europäischer Werke in Video-on-Demand-Katalogen; grundsätzlich soll insoweit ein Film bzw. eine Serienstaffel einem Titel entsprechen. Zum anderen behandeln sie die Frage der Anwendbarkeit der Richtlinie – mit ihren Vorgaben betreffend Jugendschutz und Verhinderung von Aufrufen zu Gewalthandlungen – auf soziale Netzwerke. Ob der von der Kommission insoweit nun vorgeschlagene Katalog von Faktoren für die Beantwortung der Frage, ob eine „wesentliche Funktion“ des sozialen Netzwerks in der Bereitstellung audiovisueller Inhalte besteht – dies würde die Anwendbarkeit der Richtlinie begründen –, zur Anwendbarkeit der Richtlinie auf Facebook führt, kann man noch nicht sagen. Denn die Letztentscheidungskompetenz insoweit liegt bei der irischen Medienaufsichtsbehörde.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EuGH verhandelt über das Verbot regionalisierter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen

Am 02.07.2020 fand vor dem EuGH die mündliche Verhandlung im Verfahren C-555/19 zwischen einem österreichischen Modeunternehmen und der Vermarktungsgesellschaft von ProSiebenSat.1 statt, in welchem



beide Parteien erreichen wollen, dass das in § 7 Abs. 11 des Rundfunkstaatsvertrages (RStV) enthaltene Verbot regionalisierter Werbung in bundesweiten Fernsehprogrammen für europarechtswidrig erklärt wird. Das Modeunternehmen möchte beschränkt auf Bayern Fernsehwerbung im Programm von ProSieben buchen. § 7 Abs. 11 RStV verbietet dies, um regional beschränkte Werbung den regionalen Medienanbietern zur ausreichenden Finanzierung vorzubehalten und so die Medienvielfalt zu sichern. Die Parteien des Verfahrens sehen in dem Verbot hingegen eine unverhältnismäßige Beschränkung der in Art. 56 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vorgesehenen Dienstleistungsfreiheit. Die Bundesrepublik hat das Verbot – unterstützt von den Ländern – in der mündlichen Verhandlung verteidigt. Der dem Urteil vorgeschaltete Schlussantrag des Generalanwalts wird am 15.10.2020 verkündet.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Präsidentenwahl in Polen: Spannende Stichwahl am 10.07.2020

Am kommenden Sonntag, den 10.07.2020, findet in Polen die Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten statt. In der ersten Runde zwei Wochen zuvor hatte der Amtsinhaber, der von der Regierungspartei PiS gestützte *Andrzej Duda*, 43,5 % der Stimmen erhalten, sein Herausforderer von der liberalen Bürgerplattform, der Warschauer Bürgermeister *Rafał Trzaskowski* 30,5 %. Für die Stichwahl sagen Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. In den letzten Tagen hatte sich *Duda* über einen deutschen Journalisten beschwert, der geschrieben hatte, *Trzaskowski* könnte „einen weniger konfrontativen Ton in den Beziehungen zu Deutschland anschlagen als *Duda*“, weil er den polnischen Reparationsforderungen skeptisch gegenüberstehe. Zudem wurde der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Warschau am 08.07.2020 ins polnische Außenministerium einbestellt, weil laut dem stellvertretenden polnischen Außenminister mehrere deutsche Medien den Eindruck der „Befangenheit zugunsten eines Kandidaten“ erweckten.

[Umfrage von Politico](#) in englischer Sprache

[Artikel im General-Anzeiger Bonn](#)

[Beitrag auf tagesschau.de](#)

Zukünftige Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich: Verhandlungen bisher erfolglos

Vom 29.06.2020 - 02.07.2020 fand erstmals wieder eine physische Verhandlungsrunde zwischen dem Chefunterhändler der EU, *Michel Barnier*, und dem des Vereinigten Königreich, *David Frost*, statt. Entgegen dem gesteckten Ziel, neuen Schwung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen, wurden die Gespräche bereits einen Tag früher als geplant abgebrochen. Weiterhin stehen sich beide Seiten bei den Themen gleiche Wettbewerbsbedingungen, Fischereirechte in der Nordsee sowie hinsichtlich eines gegenseitigen Rechtsrahmens samt Streitbeilegungsmechanismen uneins gegenüber. Die Gespräche sollen am 20.07.2020 fortgeführt werden.

[Pressemitteilung des EU-Chefunterhändlers *Barnier*](#) (in englischer Sprache)



Beziehungen der EU mit der Republik Korea: Viele Gemeinsamkeiten / Zusammenarbeit intensivieren

Am 30.06.2020 fand ein Spitzengespräch zwischen Ratspräsident *Charles Michel*, Kommissionpräsidentin *Ursula von der Leyen* und dem (süd-)koreanischen Präsidenten *Moon Jae-in* im Format einer Videokonferenz statt. Das Gespräch umfasste so ziemlich alle aktuellen Themen von COVID-19 (Forschung, Medizin, Impfstoff, wirtschaftliche Erholung) über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Green Deal und Klimaschutz, digitaler Wandel und Cyberkriminalität einschließlich Desinformation und hybride Gefahren bis hin zum Konflikt mit Nordkorea und Geopolitik (Atomabkommen mit dem Iran und Ostukrainekonflikt). In allen Bereichen bestehen, der Pressemitteilung von Rat und Kommission nach, viele Gemeinsamkeiten, gleiche Zielrichtungen bzw. der Wille für eine enge Zusammenarbeit. Nach dem Spitzengespräch sagte die Kommissionpräsidentin, dass die EU und Südkorea eine strategische Partnerschaft teilten, deren Niveau unter den engsten aller internationalen Beziehung der EU sei.

[Erklärung der Kommissionspräsidentin nach dem Spitzengespräch](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung des Rats in Form eines Videos](#) (in englischer Sprache)

EU-Erweiterung im Westbalkan: Weiteres Verhandlungskapitel mit Montenegro eröffnet

Am 30.06.2020 fand das fünfte Treffen auf Stellvertreter-Ebene zu den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro statt. In dem Treffen wurde die Eröffnung des Kapitels 8 „Wettbewerbspolitik“ beschlossen. Damit sind nun von den insgesamt 35 Verhandlungskapiteln 30 vorgeprüft und in Verhandlung, 3 bereits vorläufig abgeschlossen und 2 in Vorprüfung. Zuletzt wurde im Dezember 2018 das Kapitel 27 „Umwelt und Klimawandel“ eröffnet.

[Pressemitteilung des Rats über die Kapitelöffnung im Beitrittsprozess mit Montenegro](#) (in englischer Sprache)

[Chronologische Übersicht des Beitrittsprozesses mit Montenegro](#)

[Sachstandsbericht der Kommission über die Verhandlung mit Montenegro](#) (in englischer Sprache)

[Allgemeine Übersicht der Verhandlungskapitel im Beitrittsprozess der EU-Erweiterung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten ab 01.07.2020

Am 30.06.2020 veröffentlichte der Rat eine Empfehlung zur schrittweisen, koordinierten Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten ab 01.07.2020. Basierend auf Vorschlägen der EU-Kommission vom 11.06.2020 (EB 11/20) sowie 25.06.2020 verständigten sich die Mitgliedstaaten auf objektive Kriterien, die im jeweiligen Drittstaat erfüllt sein müssten, um vom Wegfall der Einreisebeschränkungen in die EU zu profitieren:

- Epidemiologische Lage im Drittstaat (Neuinfektionsrate unter oder gleich EU-Durchschnitt),
- Eindämmungsmaßnahmen des Drittstaats einschließlich räumlicher Distanzierung,
- wirtschaftliche und soziale Erwägungen,
- Berücksichtigung der Gegenseitigkeit.

Basierend auf den objektiven Kriterien einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine nach oben hin zunächst begrenzte Liste von 14 (bzw. 15) begünstigten Drittstaaten, die alle zwei Wochen evaluiert und ggf. aktualisiert werden sollte, nämlich: Algerien, Australien, Kanada, Georgien, Japan, Montenegro, Marokko, Neuseeland, Ruanda, Serbien, Südkorea, Thailand, Tunesien, Uruguay sowie China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit).

Am 02.07.2020 hat Innenkommissarin *Ylva Johansson* dazu aufgerufen, den Partner oder die Partnerin, mit dem ein EU-Bürger eine dauerhafte und nachgewiesene Beziehung habe, von den EU-Einreisebeschränkungen auszunehmen.

Ungarn hat am 02.07.2020 bereits angekündigt, die Ratsempfehlung vorerst nicht anzuwenden, die einzige Ausnahme bilde Serbien. Deutschland will in der nationalen Umsetzung die Liste auf elf profitierende Staaten reduzieren (Australien, Georgien, Kanada, Montenegro, Neuseeland, Thailand, Tunesien, Uruguay, Südkorea, Japan und China – die letzteren drei allerdings nur unter Vorbehalt der Zusicherung der Gegenseitigkeit). Belgien hat am 06.07.2020 angekündigt, die Ratsempfehlung national nicht umzusetzen.

Die auf der EU-Staatenliste nicht berücksichtigte Türkei warf der EU politische Motive vor und forderte von Deutschland anlässlich eines Besuchs am 02.07.2020 – erfolglos – die Aufhebung der Reisewarnung.

[Empfehlung des Rates zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU und die mögliche Aufhebung dieser Beschränkung vom 30.06.2020](#)



CYBERSICHERHEIT

EU-Konsultation zur Überarbeitung der NIS-Richtlinie gestartet

Die EU-Kommission beabsichtigt, die Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (sog. NIS-Richtlinie) zu überarbeiten, und hat hierzu am 07.07.2020 eine öffentliche Konsultation eingeleitet, über die sich Bürgerinnen und Bürger, öffentliche und private Organisationen sowie andere Interessengruppen einbringen können. Die Möglichkeit einer breiten Beteiligung besteht bis 02.10.2020. Ein überarbeiteter Vorschlag soll von der Kommission laut eigenem überarbeiteten Arbeitsprogramm im vierten Quartal 2020 vorgestellt werden.

Die NIS-Richtlinie verpflichtet Unternehmen, die wesentliche Dienstleistungen in lebenswichtigen Bereichen wie Energie, Verkehr und Bankwesen erbringen, sowie Anbieter digitaler Dienste wie Suchmaschinen, Cloud-Computing-Dienste oder Online-Marktplätze, ihre informationstechnologischen Systeme zu schützen und größere Vorfälle im Bereich der Cybersicherheit den nationalen Behörden zu melden. Sie ist die erste EU-weite Rechtsvorschrift über Cybersicherheit. Ihr Ziel ist es, ein gleichmäßig hohes Sicherheitsniveau von Netz- und Informationssystemen in der gesamten EU zu erreichen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12475-Revision-of-the-NIS-Directive>

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

EuGH: Gefährder können vor Abschiebung in normalem Gefängnis untergebracht werden

In der Rechtssache C-18/19 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen des Bundesgerichtshofs zur Abschiebehaft bei Gefährdern hat der EuGH am 02.07.2020 das Urteil erlassen. Danach stehe Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 2008/115/EG (Rückführungsrichtlinie) einer nationalen Regelung, nach der ein illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger zur Sicherung der Abschiebung getrennt von Strafgefangenen in einer gewöhnlichen Haftanstalt untergebracht werden darf, weil von ihm eine tatsächliche, gegenwärtige und hinreichend erhebliche Gefahr für ein Grundinteresse der Gesellschaft oder für die innere oder äußere Sicherheit des betreffenden Mitgliedstaats ausgeht, nicht entgegen. Anders als Art. 16 Abs. 1 der Rückführungsrichtlinie eröffnet § 62a Abs. 1 AufenthG die Möglichkeit der Unterbringung in einer gewöhnlichen Hafteinrichtung (statt in einer speziellen Hafteinrichtung) auch dann, wenn von dem Ausländer eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht.

Nach Ansicht des EuGH habe die Inhaftierung zur Sicherung der Abschiebung grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen zu erfolgen. Die Ausnahmen von diesem Grundsatz gemäß Art. 16 Abs. 1 S. 2 sowie Art. 18 Abs. 1 der Rückführungsrichtlinie seien zwar eng auszulegen, aber nicht abschließend. Vielmehr sei eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr für die Sicherheit als ausnahmsweiser Grund für eine (getrennte) Inhaftierung in einer gewöhnlichen Haftanstalt anzuerkennen. Die Prüfung des tatsächlichen Vorliegens der Gefahr sei dabei Sache des vorlegenden Gerichts (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).



[Volltext des EuGH-Urteils vom 02.07.2020 in der Rechtssache C-18/19](#)

ASYL UND MIGRATION

EuGH-Urteil: Entgegennahme von Anträgen auf internationalen Schutz

In der Rechtssache C-36/20 PPU hat der EuGH am 25.06.2020 das Urteil erlassen. Danach sei ein Untersuchungsrichter, der über die Inhaftnahme eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen entscheiden müsse, „andere Behörde“ im Sinne der Richtlinie 2013/32/EU (Verfahrensrichtlinie), bei denen Anträge auf internationalen Schutz wahrscheinlich gestellt würden, die aber nach nationalem Recht nicht für die Registrierung zuständig seien. Der Behördenbegriff sei weit auszulegen. Als solche „andere Behörde“ könne er daher Anträge auf internationalen Schutz entgegennehmen. Daraus erwachse auch die Verpflichtung des Untersuchungsrichters, über die Modalitäten der förmlichen Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz zu unterrichten sowie den Vorgang an die eigentlich zuständige Behörde weiterzuleiten. Außerdem rechtfertige die Unmöglichkeit der Unterbringung in einem humanitären Aufnahmезentrum keine Inhaftnahme.

[Pressemitteilung des EuGH vom 25.06.2020 zur Rechtssache C-36/20 PPU](#)

Visaerleichterungen und Rückübernahme: Abkommen mit Belarus in Kraft

Am 01.07.2020 traten die am 08.01.2020 unterzeichneten Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Belarus in Kraft. Das Visaerleichterungsabkommen werde, so EU-Kommissar *Schinas*, ein freieres Reisen ermöglichen, während das Rückübernahmeabkommen auch zur Bekämpfung der irregulären Migration beitragen werde.

- Das Visaerleichterungsabkommen erleichtert es belarussischen Bürgern u. a., Kurzzeitvisa für die Einreise in die Europäische Union zu erhalten. Mehrere Kategorien von Reisenden, darunter Journalisten, Studenten und Mitglieder offizieller Delegationen, können Mehrfachvisa mit immer längerer Gültigkeitsdauer (bis zu fünf Jahre) erhalten und müssen dafür weniger Belege für den Nachweis des Reisezwecks vorlegen.
- Das Hauptziel des Rückübernahmeabkommens besteht darin, Verfahren für die sichere und geordnete Rückkehr von Personen festzulegen, die sich irregulär in der EU oder in Belarus aufhalten.

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 01.07.2020](#)

[Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Belarus zur Erleichterung der Visaerteilung](#)

[Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Belarus über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt](#)



Asylverfahren in Ungarn: Schlussanträge des Generalanwalts in der Vertragsverletzungsklage der Kommission

In der Vertragsverletzungsklage der Kommission gegen Ungarn vor dem EuGH (Rechtssache C-808/18) hat Generalanwalt *Pikamäe* am 25.06.2020 seine Schlussanträge gestellt. Nach Auffassung des Generalanwalts habe Ungarn mit einem wesentlichen Teil seiner nationalen Rechtsvorschriften betreffend Asylverfahren und Verfahren zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger gegen seine unionsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere sei eine Vertragsverletzung wegen des Verstoßes gegen die Verpflichtung, einen effektiven Zugang zum Asylverfahren zu gewährleisten, und wegen des Verstoßes gegen die Verfahrensgarantien, die mit Anträgen auf internationalen Schutz, mit der rechtswidrigen Inhaftierung solcher Antragsteller in Transitzonen und der rechtswidrigen Abschiebung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger zusammenhängen, festzustellen. So hindere insbesondere die Verpflichtung, sich zur Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz in eine der Transitzonen zu begeben, bei gleichzeitiger drastischer Beschränkung der Personenzahl, die sich in diese Transitzonen begeben dürfe, die Antragsteller daran, ihren Antrag mit Erfolg zu stellen.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Gerichtshof nicht bindend.

[Pressemitteilung des EuGH vom 25.06.2020](#)

POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT

Kommission legt Fahrplan zur Bewertung der Agentur für Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) vor

Die Kommission plant eine Bewertung der der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL). Aufgabe von CEPOL ist die Entwicklung, Durchführung und Koordinierung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Strafverfolgungsbeamte, die in der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität in der EU tätig sind. Hierzu hat die Kommission am 01.07.2020 einen Fahrplan vorgelegt, zu dem bis 09.09.2020 Rückmeldungen abgegeben werden können. Es soll u. a. geprüft werden, ob die Arbeit der Agentur die Erwartungen (z. B. in Bezug auf die Wirkung, Wirksamkeit und Effizienz) erfüllt. Öffentliche Konsultationen sind im vierten Quartal 2020 geplant.

[Zum Fahrplan der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Kommission schlägt Maßnahmen zur Unterstützung des Schienenverkehrs vor

Am 19.06.2020 hat die Kommission einen Vorschlag zur befristeten Unterstützung des Schienenverkehrs vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie vorgelegt. Die Maßnahmen bestehen im Wesentlichen aus einer Reihe von Ausnahmen von der Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums, die vom 01.03.2020 - 31.12.2020 gelten sollen. Diese würden es beispielsweise den Mitgliedstaaten erlauben, dass die Infrastrukturnutzungsentgelte unterhalb der Kosten liegen dürfen, die unmittelbar durch den Betrieb des Zugverkehrsdienstes verursacht werden. Ein weiterer Vorschlag betrifft den Verzicht auf Entgelte für die Reservierung von Fahrwegkapazitäten. Gleichzeitig weist die Kommission darauf hin, dass es durch diese Maßnahmen zu Einnahmeverlusten für die Infrastrukturbetreiber kommt, die über einen Zeitraum von fünf Jahren unter normalen Geschäftsbedingungen ausgeglichen werden müssen.

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums](#)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ein

Am 01.07.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur angekündigten EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität eingeleitet (EB 03/20), die im vierten Quartal 2020 vorgelegt werden soll. Bis zum 23.09.2020 erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich bei der Entwicklung der Strategie für einen nachhaltigen und digitalen Wandel des Verkehrssektors unter Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie einzubringen. Diese soll eine langfristige Perspektive für ein krisenfestes und widerstandsfähiges Verkehrssystem in der EU für künftige Generationen liefern. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission auch zwei Gesetzesvorschläge für nachhaltige Flug- und Schiffskraftstoffe bis Ende 2020 vorlegen. Gleichzeitig hat die Kommission eine Konsultation zum EU-Weißbuch Verkehr von 2011 eingeleitet (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Ankündigung der Kommission](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

[Hintergrundinformationen zur angekündigten EU-Verkehrsstrategie](#)

Kommission leitet Konsultation zum EU-Weißbuch Verkehr 2011 ein

Am 01.07.2020 hat die Kommission eine Konsultation zum EU-Weißbuch Verkehr von 2011 eingeleitet. Bis zum 23.09.2020 erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich zur Aktualität der Strategie für ein wettbewerbsorientiertes und ressourcenschonendes Verkehrssystem in der EU zu äußern. Im Weißbuch



Verkehr von 2011 wurden als Maßnahmen u. a. die Beseitigung von Hemmnissen für einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum, die Förderung von Innovationen, die Verbesserung der Infrastruktur und die Reduktion verkehrlicher Emissionen vorgeschlagen. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie soll die Strategie für einen nachhaltigen und digitalen Wandel des Verkehrssektors fortentwickelt werden. Die Ergebnisse der Konsultation gehen auch in die Strategie der Kommission für eine nachhaltige und intelligente Mobilität ein, die im vierten Quartal 2020 vorgelegt wird (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Ankündigung der Kommission](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

[Hintergrundinformationen zum Weißbuch Verkehr 2011](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Kommission leitet Konsultation zu den Fahrgastrechten im Kraftomnibusverkehr ein

Am 03.07.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Verordnung (EU) Nr. 181/2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr eingeleitet. Bis zum 02.10.2020 erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich zur Wirksamkeit der Rechtsvorschriften und zur künftigen Ausrichtung zu äußern. Bereits am 11.07.2019 hatte die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur Überprüfung der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 durchgeführt (EB 15/19). Die Ergebnisse der Bewertung sollen im dritten Quartal 2020 erscheinen.

[Ankündigung der Kommission](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

[Verordnung \(EU\) Nr. 181/2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr](#)

BINNENSCHIFFFAHRT

Kommission leitet Konsultation zu den Fahrgastrechten im See- und Binnenschiffsverkehr ein

Am 03.07.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr eingeleitet. Bis zum 02.10.2020 erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich zur Wirksamkeit der Rechtsvorschriften und zur künftigen Ausrichtung zu äußern. Bereits am 11.07.2019 hatte die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur Überprüfung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 durchgeführt (EB 15/19). Die Ergebnisse der Bewertung sollen im dritten Quartal 2020 erscheinen.

[Ankündigung der Kommission](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

[Verordnung \(EU\) Nr. 1177/2010 über Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr](#)

Kommission leitet Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Schiffsverkehr ein

Am 02.07.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Schiffsverkehr eingeleitet. Bis zum 10.09.2020 erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich zur Initiative „FuelEU Maritime“ zur Verwendung nachhaltiger alternativer Kraftstoffe in der Schifffahrt und in den Häfen zu äußern. Ziel der



Konsultation ist es, Informationen zu den Markthindernissen und den technischen Möglichkeiten zu gewinnen. Bereits am 24.03.2020 hatte die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe im Schiffsverkehr durchgeführt (EB 06/20). Die Ergebnisse sollen in die Erarbeitung zweier Gesetzesvorschläge für nachhaltige Flug- und Schiffskraftstoffe einfließen, die im vierten Quartal 2020 erscheinen werden.

[Ankündigung der Kommission](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

Verkehrsminister unterzeichnen Schlussfolgerungen zur effektiven Sanierung und Instandhaltung der Wasserstraßen im Donaauraum

Am 29.06.2020 haben die Verkehrsminister von Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kroatien, Moldawien, Österreich, Rumänien, Serbien, der Slowakei, der Ukraine und Ungarn Schlussfolgerungen zur effektiven Sanierung und Instandhaltung der Wasserstraßen im Donaauraum unterzeichnet. Die Donauschifffahrt wird durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, der wirtschaftlichen Abschwächung und den geringen Niederschlägen stark beeinträchtigt. Die Verkehrsminister bekräftigen daher ihre Verpflichtung zur Umsetzung des im Jahr 2014 verabschiedeten Plans zur effektiven Sanierung und Instandhaltung der Fahrrinnen im Donaauraum. Zudem sollen nationale Maßnahmen mit den Nachbarstaaten besser koordiniert werden. Darüber hinaus wird die Wichtigkeit einer wirksamen und rechtzeitigen Überwachung der Fortschritte betont. Hierfür stellt die Kommission auch finanzielle Mittel für das Projekt „FAIRway Danube“ aus der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) zur Verfügung. In Anlehnung an das Konzept bevorzugter Fahrspuren („green lanes“) sollen auch Maßnahmen zu harmonisierten Grenzkontrollen, etwa die Einführung gegenseitig anerkannter Formulare wie bereits im Fall von Ungarn, Kroatien und Serbien, ergriffen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Schlussfolgerungen zu Wasserstraßen im Donaauraum](#) (in englischer Sprache)

GÜTERVERKEHR

Europäisches Parlament billigt Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr

Am 08.07.2020 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) die Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr („Mobilitätspaket I“) abschließend gebilligt. Bereits am 08.06.2020 hatte der Verkehrsausschuss des (EP) zugestimmt (EB 10/20). Das Paket besteht aus einer Verordnung, die den Marktzugang im Güterkraftverkehr und den Zugang zum Beruf des Güter- oder Personenkraftverkehrsunternehmers regelt, einer Verordnung über maximale Arbeitszeiten und Mindestruhezeiten für Kraftfahrer und den Einsatz von Fahrtenschreibern sowie



einer Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften für die Entsendung von Kraftfahrern. Die Vorschriften werden in den kommenden Wochen im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Text der Verordnung über den Berufs- und Marktzugang](#)

[Text der Verordnung über Lenk-/Ruhezeiten und Fahrtschreiber](#)

[Text der Richtlinie über die Entsendung von Kraftfahrern](#)

SCHIENENVERKEHR

Rat legt Standpunkt zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 fest

Am 24.06.2020 legten die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten den Standpunkt des Rates für ein Europäisches Jahr der Schiene 2021 fest. Bereits am 04.03.2020 hatte die Kommission einen Vorschlag vorgelegt und eine öffentliche Befragung hierzu gestartet (EB 05/20; EB 06/20). Die Kommission möchte mit dieser Initiative die Verwirklichung des europäischen Eisenbahnraums und die Verlagerung von Verkehrsströmen auf die Schiene im Sinne des „Green Deals“ fördern (EB 22/19). Der Rat fügt als weitere zentrale Themen die Rolle der Eisenbahn bei der Durchreise („*end-to-end mobility*“), die Erhöhung der Kapazität der Eisenbahninfrastruktur, die Information über Fahrgastrechte und die Verfügbarkeit grenzüberschreitender Tickets hinzu. Zudem hat der Rat die Kommission beauftragt, bis Ende März 2021 die Durchsetzbarkeit eines europäischen Labels zur Förderung des Schienengüterverkehrs zu prüfen. Darüber hinaus soll die Kommission die Effekte des Europäischen Jahrs der Schiene 2021 messen und bis Ende 2020 vorlegen.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Standpunkt des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Informationsblatt zum Europäischen Jahr der Schiene 2021](#)

LUFTVERKEHR

Kommission unterzeichnet Luftverkehrsabkommen mit Südkorea

Am 25.06.2020 hat die Kommission ein horizontales Luftverkehrsabkommen mit Südkorea unterzeichnet. Bereits am 22.06.2020 hatte die EU ein Abkommen über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt mit Japan abgeschlossen (EB 11/20). Hierdurch wird es allen EU-Luftfahrtunternehmen ermöglicht, von jedem der 22 EU-Mitgliedstaat aus, die ein bilaterales Luftverkehrsabkommen mit Südkorea bereits abgeschlossen haben, nach Südkorea zu fliegen. Üblicherweise sehen bilaterale Luftverkehrsabkommen vor, dass nur Luftfahrtunternehmen des eigenen Mitgliedstaats die Flüge in einen Drittstaat durchführen dürfen. Sowohl die EU als auch Südkorea werden nun ihre jeweiligen internen Verfahren für den Abschluss des Abkommens einleiten.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

BAUEN UND WOHNEN

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für April 2020 in der EU

Am 17.06.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für April 2020 veröffentlicht (EB 09/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber April 2019 um -24,0 %. Die Bautätigkeit nahm im Hochbau um -24,6 % und im Tiefbau um -21,4 % ab. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+12,2 %), Deutschland (+0,9 %) und Finnland (+0,8 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Frankreich (-60,6 %), Belgien (-39,0 %) und Finnland (+0,8 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Politische Einigung bei Änderung der EU-Zustellungsverordnung (EuZVO) und der EU-Beweisaufnahmeverordnung (EuBVO)

Am 30.06.2020 einigten sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und des Rats im Trilog politisch auf eine Änderung der EU-Zustellungsverordnung (EuZVO) und der EU-Beweisaufnahmeverordnung (EuBVO). Beide Vorschläge zielen darauf ab, grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit durch die Digitalisierung der Verfahren in Zivil- und Handelssachen effizienter zu gestalten. Die Hauptelemente der Einigung können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Übermittlung von Dokumenten und Anfragen zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten soll über ein dezentrales IT-System erfolgen, das aus miteinander verbundenen nationalen IT-Systemen besteht.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können Dokumente elektronisch (ggf. per E-Mail) an einen im EU-Ausland befindlichen Empfänger zugestellt werden.
- Informationen werden streng vertraulich behandelt und personenbezogene Daten geschützt. Personenbezogene Daten, die für einen bestimmten Fall als irrelevant erachtet werden, sind unverzüglich zu löschen.
- Der Einsatz von Videokonferenzen oder einer anderen Fernkommunikationstechnologie bei der Beweisaufnahme wird gefördert.

Das EP und der Rat müssen die Vereinbarungen noch bestätigen.

[Pressemitteilung des Rates vom 30.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung auf der kroatischen Präsidentschaftsseite vom 30.06.2020](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Gefährder können vor Abschiebung in normalem Gefängnis untergebracht werden

Der EuGH entschied am 02.07.2020 in der Rs. C-18/19, dass Gefährder unter bestimmten Umständen vor ihrer Abschiebung in einem gewöhnlichen Gefängnis (getrennt von Strafgefangenen) untergebracht werden dürfen.

Das Land Hessen hatte die Abschiebung eines islamistischen Gefährders angeordnet. Das Amtsgericht Frankfurt a. M. ordnete an, den Betroffenen zur Sicherung seiner Abschiebung in einer gewöhnlichen Haftanstalt zu inhaftieren. Der Betroffene hielt diese Inhaftierung für rechtswidrig. Der BGH bat den EuGH deshalb um Auslegung von EU-Recht. Der EuGH entschied nun, dass EU-Recht einer nationalen Regelung nicht entgegenstehe, wonach ein illegal im Land befindlicher Drittstaatsangehöriger zur Sicherung der Abschiebung getrennt von Strafgefangenen in einer gewöhnlichen Haftanstalt untergebracht werden darf, weil von ihm eine tatsächliche, gegenwärtige und hinreichend erhebliche Gefahr etwa für die innere Sicherheit



ausgeht. Die Prüfung, ob diese Voraussetzungen im vorliegenden Fall erfüllt seien, sei Sache des BGH (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Urteil des EuGH vom 02.07.2020 in Rs. C-18/19](#)

[Kurzinformation von beck-aktuell](#)

[Pressemitteilung von juris](#)

Kommission startet Konsultationen zur neuen „EU-Verbraucher-Agenda“

Die Kommission startete am 30.06.2020 Konsultationen zur neuen „EU-Verbraucher-Agenda“. Eine Beteiligung an den Konsultationen ist bis 06.10.2020 möglich (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB). Die Konsultation bezieht sich auf vier Initiativen, die die Kommission in den Jahren 2020 und 2021 verabschieden will.

1. Mitteilung der Kommission über eine neue Europäische Verbraucheragenda;
2. Stärkung der Position der Verbraucher im Zuge des ökologischen Wandels;
3. eine Überarbeitung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge (2008/48/EG);
4. eine Überarbeitung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit (2001/95/EG).

[Zu den Konsultationen mit weiteren Informationen](#) (in deutscher Sprache verfügbar über Auswahl)

Angleichung an Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung

Die Kommission veröffentlichte am 24.06.2020 eine Mitteilung, nach der insgesamt zehn EU-Rechtsakte an die Richtlinie zum Datenschutz bei Strafverfolgung (Richtlinie (EU) 2016/680) angeglichen werden sollen. Die Angleichung soll Rechtssicherheit schaffen und Fragen in Bezug auf den Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden sowie die Datenarten, die einer solchen Verarbeitung unterliegen können, klären.

Betroffen von der Angleichung sind u. a. der Rahmenbeschluss über gemeinsame Ermittlungsgruppen, der Beschluss über den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit betreffend terroristische Straftaten, die Prümer Beschlüsse, die Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung und die Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten).

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.06.2020](#)

[Mitteilung: EU-Rechtsakte, die an die Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung angeglichen werden sollten](#) (in englischer Sprache)



Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen zehn Mitgliedstaaten wegen Missachtung des Verbraucherschutzes bei Pauschalreisen ein

Die Kommission beschloss am 02.07.2020 die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren und richtete Aufforderungsschreiben an Griechenland, Frankreich, Italien, Kroatien, Litauen, Polen, Portugal, die Slowakei, Tschechien und Zypern, da deren nationale Vorschriften gegen die EU-Verbraucherschutzvorschriften bei Pauschalreisen verstoßen. In diesen zehn Mitgliedstaaten gelten nach wie vor spezifische nationale Vorschriften für Pauschalreisen, die es Pauschalreiseanbietern erlauben, anstatt einer Rückzahlung Gutscheine als Erstattung für annullierte Reisen auszustellen oder die Erstattung weit über den in der Pauschalreiserichtlinie festgelegten Zeitraum von 14 Tagen hinaus aufzuschieben. Nach EU-Recht haben Passagiere jedoch das Recht, zwischen einer Rückzahlung und anderen Formen der Erstattung, wie z. B. einem Gutschein, zu wählen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.07.2020](#)

Bericht und Statistiken zum Europäischen Haftbefehl

Die Kommission veröffentlichte am 02.07.2020 einen Bericht zum Europäischen Haftbefehl (EuHB), in dem die Handhabung des EuHB in den 27 Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich in der Zeit von 2004 bis heute bewertet wird. Insgesamt, so der Bericht, sei der EuHB eine Erfolgsgeschichte und die Anwendung des Rahmenbeschlusses zufriedenstellend. Probleme seien jedoch im Zusammenhang mit der Einhaltung der Vorschriften zutage getreten. Bemängelt wurden insbesondere zusätzliche Ablehnungsgründe und die Nichtbeachtung von Fristen. Zudem hätten einige Mitgliedstaaten ihre Rechtsvorschriften noch nicht den Urteilen des EuGH angepasst. Die Zahl der Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH sei in den letzten Jahren stark gestiegen (zwölf im Jahr 2014, 50 bis Mitte 2020).

Zusätzlich zum Bericht veröffentlichte die Kommission auch Statistiken zum EuHB. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 17.471 EuHBs ausgestellt und fast 7.000 gesuchte Personen an andere Mitgliedstaaten übergeben. Grund für die Ausstellung eines EuHB waren v. a. Diebstahlsdelikte und Sachbeschädigung (2.893), gefolgt von Betrugs- und Korruptionsdelikten (1.739) sowie Drogendelikten (1.610). Von der Festnahme bis zur Entscheidung über die Übergabe vergehen durchschnittlich 16 Tage, wenn der Festgenommene seiner Übergabe zustimmt, und 45 Tage, wenn er nicht zustimmt.

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.07.2020](#)

[Bericht der Kommission zum Europäischen Haftbefehl](#)

[Infografik zum Europäischen Haftbefehl](#) (in englischer Sprache)



EuGH urteilt zum Urheberrecht: Umfang des Auskunftsanspruch des Rechtsinhabers gegen Youtube

Am 09.07.2020 entschied der EuGH (Rs. C-264/19), dass die Richtlinie 2004/481 die Gerichte nicht verpflichtet, bei einer Urheberrechtsverletzung gegenüber dem Betreiber der Videoplattform anzuordnen, die E-Mail-Adresse, die Telefonnummer oder die IP-Adresse des Nutzers bekannt zu geben.

Hintergrund ist ein Ersuchen von Constantin Film Verleih gegenüber YouTube, Auskünfte zu E-Mail-Adresse, Telefonnummern oder IP-Adresse der Nutzer zu erteilen, die die Filme unter Verstoß gegen das Urheberrecht hochgeladen hatte. Der Ausgangsrechtsstreit hing von der Beantwortung der Frage ab, ob solche Auskünfte unter den Begriff „Adressen“ im Sinne der Richtlinie 2004/48 fallen. Der EuGH ist zu dem Schluss gelangt, dass der Begriff „Adressen“ lediglich die Postanschrift, d. h. den Wohnsitz oder den Aufenthaltsort der Person, erfasse. Nicht hingegen E-Mail-Adresse, die IP-Adresse oder die Telefonnummer. Dies schließe jedoch die Möglichkeit der Mitgliedstaaten nicht aus, den Inhabern von Rechten des geistigen Eigentums einen weitergehenden Auskunftsanspruch einzuräumen.

[Urteil des EuGH vom 09.07.2020 \(Rs. 264-19\)](#)

[Pressemitteilung des EuGH](#)

EuGH urteilt zur gerichtlichen Zuständigkeit im Dieselskandal

Am 09.07.2020 entschied der EuGH (Rs. C-343/19), dass ein Autohersteller, dessen widerrechtlich manipulierte Fahrzeuge in anderen Mitgliedstaaten verkauft werden, vor den Gerichten dieser Staaten verklagt werden kann.

Ein Verbraucherschutzverein hatte vor einem österreichischen Gericht Sammelklage von 574 Käufern von VW-Fahrzeugen gegen die deutsche Volkswagen AG wegen Schäden aufgrund des Einbaus einer manipulierten Software in Fahrzeugen eingereicht. Diese Fahrzeuge waren in Österreich verkauft worden. VW hatte die internationale Zuständigkeit des österreichischen Gerichts gerügt.

Zur Frage der gerichtlichen Zuständigkeit entschied der EuGH, dass Art. 7 Nr. 2 der sog. Brüssel-Ia-Verordnung (VO (EU) 1215/2012) einen Gerichtsstand in Österreich gewähre. Denn dort befinde sich der Ort der Verwirklichung des Schadenserfolges.

[Urteil des EuGH vom 09.07.2020 \(Rs. C-343/19\)](#)

[Pressemitteilung des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

Die Kommission hat am 01.07.2020 ihre Mitteilung zu einer Europäischen Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz und – darin enthalten – den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz vorgestellt.

Die Initiative „Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit“ umfasst zwölf Maßnahmen mit denen – im Zusammenwirken von Mitgliedstaaten, Unternehmen und Sozialpartnern – arbeitsmarktrelevante Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden sollen und die ihren Beitrag bei der Bewältigung der Corona-Krise und der Gestaltung des ökologischen/grünen Wandels leisten sollen. Dazu gehören unter anderem ein Pakt für Kompetenzen, die EU-Förderung von nationalen Weiterbildungsstrategien, der Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz, ein europaweiter Ansatz für Micro-Credentials, die neue Europass-Plattform und die Einrichtung der Europäischen Hochschulen. Die Kompetenzagenda enthält auch konkrete Ziele und zugehörige Indikatoren, die in den nächsten fünf Jahren (bis 2025) erreicht werden sollen.

[Pressemitteilung der Kommission zur Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit](#)

[Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit](#)

[Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung](#)

Kommission schaltet neue Europass-Plattform frei

Die Kommission hat am 01.07.2020 im Zusammenhang mit der Veröffentlichung ihrer Mitteilung zu einer Europäischen Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz die neue Europass-Plattform freigeschaltet.

Die neue Europass-Plattform will ihren Nutzern Tools zur Bilanzierung von Kompetenzen und Erfahrungen, maßgeschneiderte Vorschläge für Lernangebote und Jobs in ganz Europa, editierbare Vorlagen zur einfachen Erstellung von Lebensläufen und Bewerbungsschreiben und verlässliche Informationen über Arbeiten und Lernen in Europa bieten.

[Europass-Plattform](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG/HOCHSCHULE

Kommission gibt das Ergebnis der zweiten Ausschreibung zu den Europäischen Hochschulen bekannt – 24 weitere Netzwerke ausgewählt – TU München und FAU Erlangen-Nürnberg dabei

Die Kommission hat am 09.07.2020 die weiteren 24 Europäischen Hochschulen bekanntgegeben, die im Rahmen der zweiten Ausschreibung zu dieser Initiative ausgewählt wurden. In der ersten Ausschreibungsrunde 2019 wurden bereits 17 Netzwerke bestimmt.

An den 24 neu ausgewählten Europäischen Hochschulen, die aus 62 Bewerbungen ausgewählt wurden, sind 165 Hochschuleinrichtungen aus 26 Mitgliedstaaten und anderen Erasmus+-Programmländern beteiligt.

Für die jetzt insgesamt 41 Europäischen Hochschulen steht ein Gesamtbudget von bis zu 287 Mio. € zur Verfügung. Jede Allianz erhält bis zu 5 Mio. € aus dem Programm Erasmus+ und bis zu 2 Mio. € aus dem Programm Horizont 2020 für einen Zeitraum von drei Jahren. Mit dieser Finanzierung aus beiden Programmen soll das Zusammenwirken des europäischen Bildungsraums und des europäischen Forschungsraums gestärkt werden.

Aus Deutschland sind insgesamt 20 Hochschulen an den ausgewählten Allianzen beteiligt. Aus Bayern sind die Technische Universität München an dem Netzwerk „EuroTeQ Engineering University“ und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg an dem Netzwerk „European Engineering Learning Innovation and Science Alliance“ beteiligt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Liste der ausgewählten Hochschulnetzwerke](#)

Zwischenberichte zu Missionen unter Horizont Europa veröffentlicht

Die Kommission hat die Zwischenberichte für die unter Horizont Europa neu vorgesehenen Missionen in den Bereichen Krebs, Anpassung an den Klimawandel, gesunde Ozeane, klimaneutrale Städte sowie gesunde Böden und Nahrung veröffentlicht. Die Berichte, die von Experten in den jeweiligen sog. Mission Boards erstellt wurden, dienen als Grundlage für einen Bürgerdialog im Laufe des Sommers. Damit soll möglichst sichergestellt werden, dass die vorgeschlagenen Missionen die Missionsziele erreichen und dabei auch mit den Prioritäten und Ideen der EU-Bürger übereinstimmen und einen Mehrwert bieten. Die Mission Boards werden der Kommission ihre endgültigen Empfehlungen für die Missionsthemen im Rahmen der „European Research & Innovation Days“ vom 22.09.2020 - 24.09.2020 vorlegen. Die endgültige Entscheidung zur Auswahl der Missionen wird für Ende dieses Jahres erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

Die Kommission hat am 01.07.2020 ihre Mitteilung zu einer Europäischen Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz und – darin enthalten – den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz vorgestellt.

Unter den zwölf Leitaktionen, mit denen – im Zusammenwirken von Mitgliedstaaten, Unternehmen und Sozialpartnern – arbeitsmarktrelevante Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden sollen und die ihren Beitrag bei der Bewältigung der Corona-Krise und des ökologischen/grünen Wandels leisten sollen, sind auch die Einrichtung der Europäischen Hochschulen und Weiterbildung von Wissenschaftlern, ein europaweiter Ansatz für Micro-Credentials und die neue Europass-Plattform (siehe hierzu auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission zur Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit](#)
[Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit](#)

CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat mit dem deutschen biopharmazeutischen Unternehmen CureVac eine Darlehensvereinbarung in Höhe von 75 Mio.€ für die Entwicklung von Impfstoffen gegen Infektionskrankheiten, darunter v. a. auch gegen SARS-CoV-2, geschlossen. Die Finanzierung erfolgt über die Finanzierungsfazilität für Infektionskrankheiten (InnovFin Infectious Diseases) im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020. (siehe hierzu auch Beiträge des StMGP und StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen zur Finanzierungsfazilität für Infektionskrankheiten \(InnovFin Infectious Diseases\)](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Kommission erwartet tiefe, uneinheitliche Rezession

Am 07.07.2020 veröffentlichte die Kommission eine aktualisierte Prognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Wie die Frühjahrsprognose vom 06.05.2020 (EB 08/20) untersucht sie für 2020 und 2021 die makroökonomische Situation in der EU, dem Euro-Währungsgebiet sowie den einzelnen Mitgliedstaaten. Die EU-Wirtschaft wird laut Sommerprognose 2020 wegen der Pandemie trotz rascher, umfassender politischer Reaktion sowohl der EU als auch der Mitgliedstaaten eine tiefe Rezession erleben. Die Kontaktbeschränkungen zur Pandemieeindämmung würden langsamer gelockert als im Frühjahr angenommen, so dass die wirtschaftlichen Folgen 2020 noch stärker würden als erwartet. Die Kommission schätzt daher nun, die Wirtschaft im Euroraum werde 2020 um 8,7 % schrumpfen und 2021 um 6,1 % wachsen; in der Gesamt-EU werde sie 2020 um 8,3 % schrumpfen und 2021 um 5,8 % wachsen. Für Deutschland sei von einem Rückgang des realen BIP um 6,3 % im laufenden Jahr auszugehen; dies entspricht weitgehend der Frühjahrsprognose. Die Kommission erwartet, dass die massiven deutschen Stützungsmaßnahmen ab der zweiten Jahreshälfte eine relativ rasche Erholung ermöglichen. 2021 werde das BIP um 5,3 % wachsen. Jedoch seien die Risiken abwärtsgerichtet. Für Italien wird 2020 ein BIP-Verlust von 11,3 % erwartet, 2021 werde die Wirtschaft dort um 6 % wachsen. Frankreich müsse 2020 mit -10,5 % rechnen, bei 7,5 % Wachstum 2021.

[Volltext der Sommerprognose 2020 vom 07.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Sommerprognose 2020 für Deutschland vom 07.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zur Sommerprognose 2020 mit weiteren Informationen](#) (in englischer Sprache)

EU-HAUSHALT

Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament mahnt, die Finanzierung des Wiederaufbaus dürfe nicht die nächste Generation belasten

Im Vorfeld des deutschen EU-Ratsvorsitzes ab 01.07.2020 legte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments (EP), *Johan Van Overtveldt* (EKR, BE), am 30.06.2020 den Blick des EP auf die Arbeiten am nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 - 2027 (MFR) dar. Es ging dabei u. a. um die Beteiligung des EP an den Entscheidungen, die EU-Eigenmittel und das vorgeschlagene Wiederaufbauinstrument. *Van Overtveldt* erklärte, damit die Sanierungsstrategie und der nächste langfristige Haushalt zustande kommen könnten, bedürfe es der Mitwirkung von 27 Mitgliedstaaten, einer starken Führung und Vermittlung durch die Kommission und nicht zuletzt des vollen Engagements des EP. Das EP sei bereit, schnell zu arbeiten, aber es werde seine Rechte und Befugnisse nicht wegwerfen. Es gebe keinen Grund, warum für schnelle Fortschritte nur das EP verantwortlich sein solle, das seit fast zwei Jahren auf eine Einigung der Mitgliedstaaten warte. Damit das Parlament dem MFR zustimmen könne, müssen dessen Programme laut *Van Overtveldt* ausreichend für langfristige Prioritäten dotiert sein – nicht nur für den unmittelbaren Wiederaufbaubedarf. Neue EU-Einnahmequellen seien nun noch nötiger, um die Refinanzierung des



Wiederaufbauinstruments anders als durch zusätzliche nationale Beiträge oder einen reduzierten EU-Haushalt – der die nächsten Generationen bestrafen würde – zu decken.

[Videoaufzeichnung der Pressekonferenz von Johan Van Overtveldt vom 30.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP vom 30.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Schreiben von fünf Fraktionsvorsitzenden im EP an die EU-Staats- und Regierungschefs vom 18.06.2020](#) (in englischer Sprache)

Bericht der Kommission zur Management- und Leistungsbilanz des EU-Haushalts 2019

Am 25.06.2020 veröffentlichte die Kommission ihren jährlichen Bericht zur Management- und Leistungsbilanz des EU-Haushalts. Danach waren 2019 Investitionen in Wachstum sowie neue Arbeitsplätze und die Unterstützung der EU-Prioritäten in den Bereichen Migration und Sicherheit besondere Schwerpunkte. Auch im vergangenen Jahr trug der EU-Haushalt laut Kommission dazu bei, die Wirtschaft der EU zu stärken und widerstandsfähiger zu machen. Der EU-Haushalt habe auch Investitionen in den Übergang zu einem grüneren und digitaleren Europa unterstützt und Programme zur Förderung von Solidarität und Sicherheit innerhalb wie auch außerhalb der EU finanziert. Der Gesamtbetrag der 2019 aus dem EU-Haushalt umgesetzten Verpflichtungen lag nach dem Bericht bei 161 Mrd. €. Hiervon seien rund die Hälfte – 81 Mrd. € – der Rubrik „Intelligentes und integratives Wachstum“ zugewiesen. Diese Mittel hätten sich auf die Unterthemen „Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“ (57,2 Mrd. €, 35 %) sowie „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“ (23,4 Mrd. €, 14 %) verteilt. Zweitgrößte Haushaltsrubrik war laut Kommission mit 59,6 Mrd. € (37 %) „Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen“. 11,6 Mrd. € (7 %) seien der Rubrik „Globales Europa“ und 3,8 Mrd. € (2 %) dem Bereich „Sicherheit und Unionsbürgerschaft“ zugewiesen worden, letzteres u. a. zur Stärkung der EU-Außengrenzen.

[Bericht der Kommission zur Management- und Leistungsbilanz des EU-Haushalts 2019 vom 25.06.2020](#) (in englischer Sprache)

STEUER

Kommissionsbericht zu Steuertrends in der EU: Steuereinnahmen vor der Coronavirus-Pandemie insgesamt stabil

Am 07.07.2020 veröffentlichte die Kommission ihren jährlichen Bericht über Steuertrends in der EU-27 sowie Island und Norwegen als Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums. Der Bericht spiegelt die fiskalische Situation in der EU-27 vor der pandemiebedingten Wirtschafts- und Gesundheitskrise wider und präsentiert hauptsächlich Daten aus 2018 und einige Daten aus 2019. Die Kommission befasst sich u. a. mit der Verbrauchs-, Arbeits- und Kapitalbesteuerung sowie Sozialbeiträgen in jedem Mitgliedstaat. Der aktuelle Bericht werde ein wichtiger Hinweis darauf sein, wie sich die EU-Volkswirtschaften vor der Coronavirus-Krise entwickelten und wie dies für die Zukunft hilfreich sein könnte. 2018 seien die Steuereinnahmen in der EU-27



leicht auf 40,2 % des BIP gestiegen, gegenüber 39 % 2017. Die Arbeitssteuern stiegen laut Kommission 2018 leicht auf 20,8 % des BIP, auch die Steuereinnahmen aus Verbrauch lagen mit 11,2 % des BIP leicht über denen der Vorjahre. Dagegen betragen die Einnahmen aus Kapitalsteuern 8,2 % des BIP, ein geringfügiger Rückgang gegenüber 2017. Die Verteilung der Einnahmen nach Steuerbemessungsgrundlage (Verbrauch, Arbeit und Kapital) blieb im Vergleich zu den Vorjahren stabil, d. h. rund 52 % aus Arbeit, 28 % aus Verbrauch und 20 % aus Kapital. Umweltsteuereinnahmen seien auf europäischer Ebene 2018 recht stabil geblieben, auf nationaler Ebene können laut Bericht jedoch in den letzten zehn Jahren einige Veränderungen beobachtet werden.

[Mitteilung der Kommission zum Bericht „Taxation Trends in the European Union“](#)

[Volltext des Kommissionsberichts, erstellt im Mai 2020](#) (in englischer Sprache)

Kommission gibt Vorschau auf geplantes Paket für Vereinfachungen und zur Betrugsbekämpfung im Steuerbereich

Am 01.07.2020 gab der für u. a. Steuern zuständige Kommissar *Paolo Gentiloni* einen ersten Einblick in das von der Kommission geplante Maßnahmenpaket zur Betrugsbekämpfung und für Vereinfachungen im Steuerbereich. Er antwortete damit auf eine Frage von MdEP *Marek Belka* (S&D, POL). Das Paket möchte die Kommission am 15.07.2020 vorschlagen. Laut *Gentiloni* sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Krise besonders betroffen und brauchen Unterstützung, auch im Steuerbereich. Dem Kommissionsfahrplan für eine Strategie gegen Steuerbetrug/-hinterziehung und für einfachere Besteuerung vom 04.03.2020 (EB 05/20) sollen laut *Gentiloni* nun verschiedene Schlüsselinitiativen zur Erleichterung der Einhaltung der Steuervorschriften folgen. Dazu gehöre der Rahmen für einen präventiven Dialog der Steuerverwaltungen zur Lösung grenzüberschreitender KMU-Steueranliegen. Die Kommission untersuche auch digitale Lösungen zur Senkung der Befolgungskosten für Unternehmen und Steuerverwaltungen. Außerdem beabsichtige sie, die im Binnenmarkt tätigen Steuerzahler für ihre EU-Rechte zu sensibilisieren und Maßnahmen zu empfehlen, wie die Umsetzung dieser Rechte erleichtert und Steuerpflichten vereinfacht werden könnten. Bei der Mehrwertsteuer würden die neuen, schon beschlossenen Vereinfachungen für Kleinunternehmen künftig u. a. dazu beitragen, die Befolgungskosten für KMU in der EU zu senken.

[Schriftliche Antwort von Wirtschaftskommissar *Gentiloni* vom 01.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionswebseite zur Initiative für einen Aktionsplan gegen Steuerbetrug/-hinterziehung und für eine einfachere Besteuerung](#) (in deutscher Sprache über Auswahl)

[Richtlinie \(EU\) 2020/285 zur Änderung des Mehrwertsteuersystems in Bezug auf die Sonderregelung für Kleinunternehmen vom 18.02.2020](#)

[Kommissionsmitteilung „Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ vom 10.03.2020](#)



Einfuhrregeln für Kaffee: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Kaffeesteuergesetzes beschloss die Kommission am 02.07.2020, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu übermitteln. Dies ist der zweite Schritt eines Vertragsverletzungsverfahrens. In der Stellungnahme erläutert die Kommission, wie Deutschland gegen EU-Recht verstoße, und fordert dazu auf, über die ggf. getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Hintergrund ist die Forderung der Kommission, die vermeintlichen deutschen Einfuhrbeschränkungen für Kaffee dringend abzuschaffen: In anderen Mitgliedstaaten ansässige Einzelhändler, die Kaffee nach Deutschland verkaufen, müssten einen Beauftragten in Deutschland benennen. Dieser benötige eine Erlaubnis der deutschen Zollbehörde, müsse Aufzeichnungen über die Lieferungen des Versandhändlers führen und für die entstehende Steuer Sicherheit leisten. Er sei zudem der Steuerschuldner. Dies verhindere, dass Einzelhändler aus anderen Mitgliedstaaten Kaffee frei nach Deutschland einführen. Außerdem hätten sie zusätzlichen Aufwand, was insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zum deutschen Markt und den Versandhandel mit Kaffee erschwere. Dies verstoße gegen den freien Warenverkehr (Art. 34 AEUV) und die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 AEUV). Deutschland hat nun drei Monate Zeit, zu reagieren. Danach könnte eine Klage vor dem EuGH folgen.

[Mitteilung der Kommission zu den wichtigsten Beschlüssen in Vertragsverletzungsverfahren im Juli vom 02.07.2020](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Verlängerung der schwedischen Steuerbefreiung für nicht-lebensmittelbasiertes Biogas und Bio-Propan

Laut ihrer Mitteilung vom 29.06.2020 genehmigte die Kommission die Verlängerung der zwei schwedischen Steuerbefreiungen für Biogas. Schweden befreit zur Wärmeerzeugung verwendetes Biogas und als Kraftstoff verwendetes Biogas von der Energie- und CO₂-Besteuerung. Hierzu genehmigte die Kommission für beide Regelungen eine zehnjährige Verlängerung der Steuerbefreiung, d. h. von 2021 - 2030, nahm aber zwei Änderungen vor: Die Steuerbefreiung ist auf Biogas beschränkt, das nicht für Lebensmittelzwecke verwendet wird und wird auf Bio-Propan, das ebenfalls nicht für Lebensmittelzwecke verwendet wird, ausgeweitet. Ziel ist, die Verwendung von Biogas und Bio-Propan zu erhöhen und die Verwendung fossiler Brennstoffe sowie deren Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Gleichzeitig soll der Übergang zu fortgeschrittenen Bio-Brennstoffen erleichtert werden. Die Kommission prüfte die Steuerbefreiungen anhand der EU-Beihilfavorschriften, insbesondere der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Umweltschutz und Energie 2014 - 2020. Sie kam zu dem Schluss, dass diese nötig und angemessen seien, um Produktion und Verbrauch von einheimischem sowie importiertem Biogas und Bio-Propan zu fördern, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig zu verzerren. Außerdem würden die Steuerbefreiungen u. a. zu den Bemühungen beitragen, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen.

[Pressemitteilung der Kommission u. a. zur schwedischen Steuerbefreiung für nicht-lebensmittelbasiertes Biogas und Bio-Propan vom 29.06.2020](#) (in englischer Sprache)



[Webseite der Generaldirektion Wettbewerb der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Mitteilung der Kommission zu Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014 - 2020 vom 28.06.2014](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt italienische Steuermaßnahmen zur pandemiebedingten Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen

Die Kommission genehmigte am 26.06.2020 vier italienische Beihilfenregeln über 7,6 Mrd. € zur Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen, die von der Coronavirus-Pandemie betroffen sind. Die gemäß dem Befristeten EU-Beihilferahmen angemeldeten Steuermaßnahmen sind Teil eines umfassenderen Pakets zur Unterstützung der italienischen Wirtschaft im sog. „Decreto Rilancio“. Sie sollen helfen, Liquiditätsengpässe abzubauen und die Wirtschaftsteilnehmer zur Übernahme der neuen Gesundheitsvorschriften bewegen. Die steuerliche Unterstützung erfolgt in folgender Form:

- teilweiser Erlass der regionalen Steuer auf Produktionstätigkeiten für Unternehmen und Selbstständige mit Einnahmen von höchstens 250 Mio. € im Jahr 2019;
- Befreiung von der Gemeindesteuer für touristische Grundstücke, die für den gewerblichen Betrieb genutzt werden;
- Steuergutschriften, um die Anpassung von Produktionsverfahren und Arbeitsumgebungen an die neuen Hygienevorschriften zu fördern;
- Steuergutschriften für bestimmte Unternehmen und Selbstständige in Abhängigkeit von den Einnahmen aus Mieten und Pachtverträgen für Nichtwohnimmobilien und Gewerbepachtverträge für den Zeitraum März bis Juni 2020.

[Pressemitteilung der Kommission zur Genehmigung vom 26.06.2020](#)

[Mitteilung der Kommission zum befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen vom 19.03.2020](#)

[Beihilfenregister der Kommission](#) (in englischer Sprache)

EuGH-Generalanwältin: Bei grenzüberschreitendem Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden muss Auskunftsanordnung gerichtlich überprüfbar sein

Am 02.07.2020 legte die Generalanwältin am EuGH *Juliane Kokott* ihre Schlussanträge zum Vorabentscheidungsersuchen des höchsten luxemburgischen Verwaltungsgerichts wegen des Informationsaustausches in Steuersachen vor (verbundene Rechtssachen C-245/19 u. C-246/19, *État du Grand-duché de Luxembourg*). Danach ist sie der Ansicht, dass der Adressat, der betroffene Steuerpflichtige und weitere betroffene Dritte eine im Rahmen des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs zwischen Steuerbehörden erlassene Auskunftsanordnung gerichtlich überprüfen lassen können müssen. Der Ausschluss einer solchen Rechtsschutzmöglichkeit verstößt laut *Kokott* gegen das in der EU-Grundrechte-Charta



verankerte Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf (Art. 47 EU-Grundrechte-Charta). Hintergrund des Rechtsstreits ist eine Bitte der spanischen Steuerverwaltung an die luxemburgische Steuerverwaltung um Informationen über eine in Spanien wohnende Künstlerin. Die Bitte stützte sich u. a. auf die Amtshilferichtlinie 2011/16/EU. Da die luxemburgische Steuerverwaltung nicht über die Informationen verfügte, verpflichtete sie eine luxemburgische Bank und eine luxemburgische Gesellschaft zur Auskunft. Dabei wurde gemäß damaligem luxemburgischen Recht der Rechtsweg ausgeschlossen. Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den EuGH nicht bindend, sondern nur ein Entscheidungsvorschlag.

[Schlussanträge der Generalanwältin Kokott zu den verbundenen Rechtssachen C-245/19 und C-246/19, *État du Grand-duché de Luxembourg*, vom 02.07.2020](#)

WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION

Tagung der Euro-Gruppe am 09.07.2020: *Paschal Donohoe* neuer Präsident, aktuelle Wirtschaftsprognose und fiskalpolitische Ausrichtung des Euroraums 2021

Am 09.07.2020 tagte die Euro-Gruppe, erneut per Videokonferenz. Wegen der pandemiebedingten Krise ist die Bedeutung dieses informellen Gremiums für die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik im Moment besonders groß. Die 19 Finanzminister des Euroraums wählten in geheimer Online-Abstimmung *Paschal Donohoe*, seit 2017 irischer Minister für Finanzen, öffentliche Ausgaben und Reform, zum Nachfolger des derzeitigen Euro-Gruppen-Präsidenten *Mário Centeno* aus Portugal. Dieser hatte erklärt, er stehe nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung. *Donohoes* zweieinhalbjährige Amtszeit beginnt am 13.07.2020. Er gehört der bürgerlichen Partei Fine Gael an und studierte an der Universität Dublin Politik und Wirtschaft. In den vergangenen Tagen forderte *Donohoe* eine Rolle für die Euro-Gruppe in den Arbeiten am geplante EU-Wiederaufbaupaket nach der Corona-Krise. Die Euro-Gruppe erörterte außerdem auf Basis der nach unten angepassten Wirtschaftsprognose 2020 der Kommission (siehe hierzu Beitrag in diesem EB) die Wirtschaftslage im Euroraum. Im Hinblick auf die nationalen Haushaltsentwürfe und die Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet für 2021 beriet sie auch die fiskalpolitische Ausrichtung des Euroraums. U. a. stellte dazu der Europäische Fiskalausschuss seinen jüngsten Bericht zum angemessenen haushaltspolitischen Kurs vor (siehe hierzu Beitrag in diesem EB). Auch die Kommission legte ihre Bewertung der Haushaltslage vor.

[Wichtigste Ergebnisse der Videokonferenz der Euro-Gruppe vom 09.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Bemerkungen von Euro-Gruppen-Präsident *Mário Centeno* nach der Euro-Gruppe vom 09.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Twitter-Beitrag von *Paschal Donohoe* zu seinen Prioritäten als Euro-Gruppen-Präsident vom 09.07.2020](#) (in englischer Sprache)



Europäischer Fiskalausschuss empfiehlt weitere Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bis Frühjahr 2021

Am 01.07.2020 veröffentlichte der Europäische Fiskalausschuss (EFA) seine Analyse zur Ausrichtung der Fiskalpolitik im Euroraum für 2021. Die wirtschaftlichen Pandemiefolgen und damit verbundene Abwärtsrisiken seien beträchtlich. Es sei 2020 mit einer tiefen Rezession von ca. 8 % des BIP zu rechnen, gefolgt von teilweiser Erholung 2021. Aus EFA-Sicht sind die fiskalischen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten, flankiert von der Europäischen Zentralbank und den Kommissionsvorschlägen, uneingeschränkt gerechtfertigt. Angesichts der für 2021 erwarteten teilweisen, aber fragilen Erholung warnt der EFA vor vorzeitiger Rücknahme der fiskalischen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und erwartet eine rasche sowie wirksame Umsetzung der jüngsten Vorschläge auf EU-Ebene. Er befürwortet eine starke Konzentration auf wachstumsfördernde Staatsausgaben einschließlich Investitionen, um kurzfristig für Stabilisierung zu sorgen und gleichzeitig die Aussichten für stärkeres künftiges Wachstum zu verbessern. Der vorgeschlagene mehrjährige EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 über 1,85 Bio. €, einschließlich 750 Mrd. € Wiederaufbaufonds, werde nicht ausreichen, um das Wachstumspotenzial Europas anzuheben. Nach der Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts im März sei es aktuell zu früh, die Defizit- und Schuldengrenzen wieder zu aktivieren. Insgesamt empfahl der EFA-Vorsitzende, die Schuldengrenze von 60 % des BIP abzuschaffen.

[Bewertung des Europäischen Fiskalausschusses zur angemessenen fiskalpolitischen Ausrichtung für den Euroraum im Jahr 2021 vom 01.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionswebseite zum Europäischen Fiskalausschuss](#)

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Europäischen Zentralbank: Mögliche Annäherung und Lösung

Auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 05.05.2020, wonach das Anleihekaufprogramm über 2 Bio. € ab 2015 („Public Sector Purchase Programme“, PSPP) der Europäischen Zentralbank (EZB) gegen das Grundgesetz verstößt, weil die EZB u. a. dessen Verhältnismäßigkeit nicht ausreichend darlegte, reagierten die EU-Institutionen reserviert bis negativ (EB 08/20). Nun könnte sich die Lage entschärfen und eine Lösung abzeichnen: Ein erster Schritt waren Verhältnismäßigkeitserwägungen zum PSPP im Protokoll der Sitzung des EZB-Rates am 03./04.06.2020, veröffentlicht am 25.06.2020. Danach beschäftigte sich der EZB-Rat ausführlich mit dem PSPP, insbesondere mit der Verhältnismäßigkeit. Weiter stellte die EZB der Bundesregierung und dem Bundestag vertrauliche Dokumente zu den Anleihekäufen zur Verfügung, die die Verhältnismäßigkeit belegen sollen. EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* betonte in einem Schreiben vom 29.06.2020 an MdEP *Prof. Sven Simon* (EVP/DEU) u. a., die EZB nehme ständig eine „Kosten-Nutzen-Analyse“ ihrer geldpolitischen Maßnahmen vor. Nachdem der Bundestag am 02.07.2020 einen Entschließungsantrag annahm, der die BVerfG-Vorgaben als erfüllt ansieht, teilte die Kommission am 03.07.2020 mit, ihre Analyse der verschiedenen Aspekte des BVerfG-Urteils sei noch nicht abgeschlossen. Ob sie gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet, ist noch offen.



[Zusammenfassung der geldpolitischen Sitzung des EZB-Rates am 03./04.06.2020 vom 25.06.2020](#)

[Schreiben der EZB-Präsidentin Lagarde an MdEP Simon vom 29.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Videoaufzeichnung aus dem Pressebriefing der Kommission vom 03.07.2020](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Inflation im Euroraum steigt im Juni 2020 auf 0,3 %

Laut Schnellschätzung von Eurostat vom 30.06.2020 stieg die Inflationsrate im Euroraum im Juni 2020 auf 0,3 %, nach 0,1 % im Mai. Damit liegt sie weiter unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von knapp 2 %. Eurostat weist daraufhin, im Juni seien viele COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen schrittweise aufgehoben worden. Für die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum erwartet Eurostat, dass im Juni der Bereich Lebensmittel, Alkohol und Tabak die höchste jährliche Rate aufweist – 3,1 % gegenüber 3,4 % im Mai, gefolgt von Dienstleistungen mit 1,2 % (Mai: 1,3 %), Industriegütern ohne Energie mit unverändert 0,2 % und Energie mit -9,4 % (Mai: -11,9 %). Für Deutschland schätzt Eurostat auf Basis des Gesamtindex im Juni die jährliche Inflationsrate auf 0,8 % und die monatliche Rate auf 0,7 %. Am stärksten sei das Preisniveau im Juni in der Slowakei gestiegen: gegenüber dem Vorjahresmonat um geschätzt 1,9 %.

[Pressemitteilung von Eurostat zur jährlichen Inflation vom 30.06.2020](#)

DIGITALE INFRASTRUKTUR

WiFi4EU: Ergebnisse der vierten Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung – bayerische Gemeinden dabei

Vom 03.06.2020 - 04.06.2020 fand die vierte und letzte WiFi4EU-Ausschreibungsrunde statt. Auf mehr als 8.600 Bewerbungen wurden dabei laut Kommission 947 europäische Gemeinden ausgewählt. Diese können nun nach Unterzeichnung einer Zuwendungsvereinbarung je einen Gutschein über 15.000 € erhalten, also insgesamt 14,2 Mio. €. Durch WiFi4EU sollen Gemeinden bzw. Gemeindegruppen in der EU, Norwegen und Island kostenlose WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum einrichten können und so zur Unterstützung des Tourismus und zur größeren Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen beitragen. U. a. um sicherzustellen, dass alle verfügbaren Gutscheine zugeteilt werden, habe es bei diesem letzten Aufruf keine Höchstzahl von Gutscheinen pro Teilnehmerland gegeben. Trotz „Windhundprinzips“ seien allen Teilnehmerländern mit ausreichender Bewerberzahl mindestens 15 Gutscheine garantiert worden. In den ersten fünf Sekunden nach Beginn des Aufrufs gingen laut Kommission 3.000 Bewerbungen ein, und Kommunen aus Spanien, Italien sowie Rumänien gehörten zu den ersten. Z. B. Bulgarien, Griechenland, Kroatien und Portugal hätten nur wenige Gutscheine benötigt, um fast alle ihre Kommunen über WiFi4EU abzudecken. In Bayern gehören zu den erfolgreichen Teilnehmern der Ausschreibung u. a. Bad Windsheim, Gundelfingen an der Donau und Rötz. Bamberg und Hohenthann stehen auf der Reserveliste.

[Meldung der Kommission zu WiFi4EU vom 08.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Liste der erfolgreichen deutschen Teilnehmer der WiFi4EU-Ausschreibung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT UND BINNENMARKT

Coronavirus: Kommission genehmigt deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds

Die Kommission hat am 08.07.2020 den deutschen Wirtschaftsstabilisierungsfonds für Liquiditäts- und Kapitalbeihilfen auf Grundlage des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen (EB 05/20) genehmigt. Über den Fonds sollen Garantien gewährt und mittels Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten Investitionen in Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, getätigt werden. Der Fonds soll mit bis zu 500 Mrd. € ausgestattet werden. Zudem darf der Fonds bis zu 100 Mrd. € für die Refinanzierung staatlicher Beihilfen mobilisieren, die bereits von der Kommission genehmigt wurden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Coronavirus: Erneute Ausweitung des Befristeten Beihilferahmens

Die Kommission hat am 29.06.2020 die dritte Ausweitung des Befristeten Beihilferahmens vom 19.03.2020 (EB 05/20) verabschiedet. Es besteht nun die Möglichkeit auch bestimmte Kleinst- und Kleinunternehmen einschließlich Start-ups zu unterstützen, auch wenn sich diese Unternehmen am 31.12.2019 bereits in finanziellen Schwierigkeiten befanden. Zudem wurden die Bedingungen für Rekapitalisierungsmaßnahmen angepasst, um Anreize für private Investoren zu schaffen, sich an diesen zu beteiligen. Zuvor hatte die Kommission die Mitgliedstaaten zu dem neuen Vorschlag konsultiert (EB 11/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Text der 3. Änderung des Befristeten Rahmens](#)

Europäische Plattform für einen gerechten Übergang

Die Kommission hat am 29.06.2020 die Plattform für einen gerechten Übergang (JTP) in Betrieb genommen. Um Gelder aus dem am 14.01.2020 von der Kommission vorgelegten Mechanismus für einen gerechten Übergang (EB 01/20) zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang erarbeiten. Die Plattform zielt u. a. darauf ab, die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung dieser Pläne zu unterstützen sowie die Vernetzung zwischen lokalen und nationalen Interessenträgern, Sozialpartnern, Behörden und EU-Institutionen zu fördern. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang steht im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal und soll die am stärksten vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffenen Regionen unterstützen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Just Transition Platform](#)



Folgenabschätzung zum Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume

Die Kommission hat am 03.07.2020 eine Folgenabschätzung zum Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume veröffentlicht. Dieser soll es u. a. ermöglichen mehr Daten der öffentlichen Hand für Forschung und Innovation bereitzustellen, die freiwillige gemeinsame Nutzung von Daten durch die Bürger zu unterstützen und eine Verwaltungsstruktur auf EU-Ebene zur Verbesserung der Datenoperabilität einzurichten (siehe auch Beitrag des StMD in diesem EB). Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 31.07.2020.

[Zur Initiative](#)

Kommission verabschiedet Durchführungsverordnung für kleinflächige Zugangspunkte

Die Kommission hat am 30.06.2020 eine Durchführungsverordnung für kleinflächige drahtlose Zugangspunkte (kleine Zellen) oder kleine Antennen verabschiedet. Laut Europäischem Kodex für die elektronische Kommunikation soll die Kommission die erforderlichen technischen Merkmale für solche kleinen Zellen festlegen, damit hierfür EU-weit keine Einzelgenehmigungen erforderlich sind und so die nötige Infrastruktur für 5G-Technik geschaffen werden kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Kommission erwartet tiefe, uneinheitliche Rezession

Die Kommission hat am 08.07.2020 eine aktualisierte Prognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung veröffentlicht. Darin untersucht sie die makroökonomische Situation in der EU, dem Euro-Währungsgebiet sowie den einzelnen Mitgliedstaaten für die Jahre 2020 und 2021. Aufgrund der Corona-Pandemie wird eine tiefe Rezession erwartet (siehe auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Volltext der Sommerprognose 2020 \(in englischer Sprache\)](#)

Kommission veröffentlicht Binnenmarktanzeiger 2020

Die Kommission hat am 03.07.2020 den Binnenmarktanzeiger 2020 veröffentlicht. Demnach müssten die Mitgliedstaaten mehr tun, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten. Ein funktionierender Binnenmarkt sei insbesondere in Krisenzeiten von hoher Bedeutung für die Gewährleistung des freien Warenverkehrs und für die rasche Erholung der EU-Wirtschaft. Der Binnenmarktführer informiert über den Stand der Anwendungen der EU-Binnenmarktregeln im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Binnenmarktanzeiger](#)



EuGH: VW kann wegen der Verwendung von Manipulationssoftware auch in anderen Mitgliedstaaten verklagt werden

Der EuGH hat am 09.07.2020 entschieden, dass die deutsche Volkswagen AG auch vor den Gerichten des Staates verklagt werden kann, in dem sie das Fahrzeug mit Manipulationssoftware verkauft hat – im konkreten Fall Österreich (Rechtssache C-343/19 – Verein für Konsumenteninformation / Volkswagen AG). Der österreichische Verein für Konsumenteninformation vertritt in einem Verfahren gegen VW 574 Käufer von in Österreich gekauften Fahrzeugen, die Abschaltvorrichtungen enthielten, vor dem Landesgericht Klagenfurt in Österreich. Der EuGH kommt in seinem Urteil zu der Auffassung, dass beim Einbau von Manipulationssoftware der Ort der Verwirklichung des Schadenserfolgs in dem Land eingetreten ist, in dem das Auto verkauft wurde. Er folgt damit der Auffassung des Generalanwalts *Campos Sánchez-Bordona* (EB 07/20).

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil des EuGH](#)

Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ein

Die Kommission hat am 01.07.2020 einen Fahrplan und eine öffentliche Konsultation für eine neue Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität veröffentlicht. Diese steht im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal und soll der Erreichung des Ziels, die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 90 % zu senken, dienen. Der EU-Verkehrssektor soll für eine saubere, digitale und moderne Wirtschaft gerüstet sein.

Die Strategie zielt dabei auf eine größere Verbreitung emissionsfreier Fahrzeuge, die Bereitstellung nachhaltiger Alternativlösungen für die Öffentlichkeit und Unternehmen, die Förderung der Digitalisierung und Automatisierung und die bessere Konnektivität und Zugänglichkeit ab.

Die Annahme der Strategie durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zum Fahrplan besteht bis 29.07.2020 und zur Konsultation bis 23.09.2020 (siehe auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zu strengeren Emissionsstandards für Benzin- und Dieselfahrzeuge

Die Kommission hat am 06.07.2020 im Anschluss an den Fahrplan (EB 06/20) eine öffentliche Konsultation für strengere Emissionsstandards (Euro 7) für alle Benzin- und Diesel-Fahrzeuge eingeleitet. Diese Initiative ist Teil des Europäischen Green Deal. Es sollen u. a. die derzeit geltenden Normen bewertet und eine Folgenabschätzung vorgenommen werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 09.11.2020.



[Zur Konsultation](#)

Wertpapieraufsicht: ESMA soll mögliches Aufsichtsversagen im Fall Wirecard prüfen

Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) soll ein mögliches Aufsichtsversagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Insolvenz des Zahlungsdienstleisters Wirecard prüfen. Die Behörde soll feststellen, ob es zu Versäumnissen im Rahmen der Aufsicht gekommen ist. Die ESMA legt gemeinsame Durchsetzungsprioritäten für nationale Aufsichtsbehörden fest und kann in bestimmten Fällen auch direkt in die nationale Aufsicht eingreifen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fahrplan zum Aktionsplan Kapitalmarktunion

Die Kommission hat am 07.07.2020 einen Fahrplan für einen Aktionsplan Kapitalmarktunion veröffentlicht. Dieser zielt auf die Vollendung der Kapitalmarktunion ab. Hierbei soll der Zugang zu Finanzierungen für EU-Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verbessert, eine stärker gesamteuropäische Kapitalmarktarchitektur geschaffen, eine stärkere Beteiligung von Kleinanlegern gefördert und eine bessere grenzüberschreitende Integration gewährleistet werden. Die Annahme des Aktionsplans durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 04.08.2020.

[Zur Initiative](#)

Konsultation und Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie Solvabilität II

Die Kommission hat am 01.07.2020 eine Folgenabschätzung und eine Konsultation zur Überprüfung der Aufsichtsvorschriften für Versicherungen und Rückversicherungsunternehmen veröffentlicht. Die bisherigen Regelungen der sog. Solvabilität-II-Richtlinie über harmonisierte und risikobasierte Regeln für Versicherungsunternehmen und zur Förderung der Transparenz sollen überarbeitet und aktualisiert werden. Die Kommission plant die Vorlage eines Gesetzesvorschlags im Sommer 2021. Gelegenheit zur Stellungnahme zur Folgenabschätzung besteht bis 26.08.2020 und zur Konsultation bis 21.10.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

EU-Wettbewerbsrecht: Konsultation zur Evaluierung der Marktdefinition

Die Kommission hat am 26.06.2020 im Anschluss an den Fahrplan (EB 07/20) eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Marktdefinition des EU-Wettbewerbsrechts eingeleitet. Die Marktdefinition dient der genauen



Abgrenzung eines Gebiets, auf dem Unternehmen miteinander im Wettbewerb stehen. Die bisherige Definition gilt seit 1997 und es soll festgestellt werden, ob diese noch zeitgemäß ist oder ob eine Überarbeitung erforderlich ist. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 09.10.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

EU-Wettbewerbsrecht: Europäische Kommission erwägt Ausnahme bei Tarifvereinbarungen für Selbständige

Die EU-Kommission will sicherstellen, dass die Arbeitsbedingungen nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Selbständige in Tarifverträgen festgelegt werden können und die EU-Wettbewerbsregeln diesen nicht entgegenstehen. In diesem Zusammenhang werden Interessenträger aus dem öffentlichen Bereich, wie u. a. Wettbewerbsbehörden, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände aufgefordert, sich an der laufenden Konsultation zum Legislativpaket über digitale Dienste (EB 10/20) zum Thema „Selbständige und Arbeitnehmer“ zu beteiligen (siehe auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Kartellrecht: Bericht der Kommission über die Auswirkungen der Verordnung über Interbankenentgelte

Die Kommission hat am 29.06.2020 einen Bericht über die Auswirkungen der Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge veröffentlicht. Demnach seien die Interbankenentgelte gesunken, sodass die Gebühren für Kartenzahlungen niedriger ausfielen. Die Hauptziele der im April 2015 verabschiedeten Verordnung, die Verringerung von Gebühren, welche die Banken den Einzelhändlern beim Zahlungsvorgang berechnen (EB 06/15), seien daher erreicht. Die Kommission hatte bereits im März 2020 eine Studie über die Anwendung der Verordnung veröffentlicht (EB 05/20).

[Pressemitteilung der Kommission \(in englischer Sprache\)](#)

[Bericht der Kommission \(in englischer Sprache\)](#)

EuG: Herabsetzung der gegen Infineon wegen Beteiligung an einem Smartcard-Chips-Kartell verhängten Geldbuße

Das Europäische Gericht (EuG) hat am 08.07.2020 die Herabsetzung der gegen Infineon verhängten Geldbuße wegen ihrer Beteiligung an einem Kartell auf dem Markt der Smartcard-Chips angeordnet. Die Kommission hatte 2014 festgestellt, dass Infineon, Philips, Samsung und Renesas an einem Smartcard-Chips-Kartell beteiligt waren, bei dem die Preispolitik durch ein Netz bilateraler Kontakte und den Austausch sensibler Geschäftsdaten koordiniert wurde und hatte daher Geldbußen gegen die Unternehmen verhängt.



Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2018 festgestellt hatte, dass das EuG in seinem 2016 ergangenen Urteil nicht alle Kontakte überprüft hatte, die Infineon nach Auffassung der Kommission mit Renesas und Samsung gehabt haben soll, hob er das Urteil des EuG auf und verwies die Sache an dieses zurück.

Das EuG hat nun festgestellt, dass Infineon insgesamt nur zehn bilaterale wettbewerbswidrige Kontakte zur Last gelegt werden können und hat den Gesamtbetrag der gegen Infineon verhängten Geldbuße von 82.784.000 auf 76.871.600 € und damit um fast 6 Mio. € herabgesetzt.

[Pressemitteilung des EuG](#)

[Volltext des Urteils zur Rechtssache T-758/14 RENV](#) (bisher nur in englischer Sprache)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von OSRAM durch AMS

Die Kommission hat am 06.07.2020 die Übernahme von OSRAM durch AMS ohne Auflagen nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. AMS mit Sitz in Österreich und das deutsche Unternehmen OSRAM bieten weltweit optische Sensoren wie bestimmte Lichtsensoren und Laserdioden für Anwendungen in der Verbraucherelektronik, Fahrzeugen, Industrie, Medizin und für andere Anwendungen an. Durch die Übernahme werden die Geschäftsbereiche für optische Halbleiter der beiden Unternehmen zusammengeführt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9716](#) (in englischer Sprache)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Sixt Leasing durch Hyundai Capital Bank Europe

Die Kommission hat am 03.07.2020 die Übernahme der deutschen Sixt Leasing SE durch die deutsche Hyundai Capital Bank Europe GmbH (HCBE) genehmigt. Sixt Leasing bietet Kfz-Leasing und damit verbundene Fuhrparkmanagement-Dienstleistungen in Österreich, Frankreich und Deutschland an und vertreibt zudem Versicherungsprodukte. HCBE ist im Bereich Kfz-Dienstleistungen und im Vertrieb von Versicherungsprodukten tätig.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.9806](#) (in englischer Sprache)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Coronavirus: CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat mit dem deutschen biopharmazeutischen Unternehmen CureVac eine Darlehensvereinbarung in Höhe von 75 Mio.€ für die Entwicklung von Impfstoffen gegen Infektionskrankheiten geschlossen. Durch die Finanzierung sollen auch Tätigkeiten zur Entwicklung eines



Impfstoffes gegen SARS-CoV-2 unterstützt werden. Zudem dient die Finanzierung der Fertigstellung einer weiteren Produktionsstätte für Boten-Ribonukleinsäure (mRNA) in Tübingen. Die Finanzierung erfolgt über die Finanzierungsfazilität für Infektionskrankheiten im Rahmen des Forschungs- und Rahmenprogramms Horizont 2020 (siehe auch Beitrag des StMGP und StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Investitionsoffensive für Europa mobilisiert 500 Mrd. €

Die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben im Rahmen der Europäischen Investitionsoffensive Investitionen in Höhe von 500 Mrd. € mobilisiert. Die Investitionsoffensive für Europa wurde im November 2014 ins Leben gerufen (EB 21/14) und beinhaltet als Kernstück den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Im Rahmen des EFSI wurden rund 1400 Vorhaben genehmigt. Bei diesen Genehmigungen wurden auf eine Haushaltsgarantie der EU und auf Eigenmittel der EIB-Gruppe zurückgegriffen, was voraussichtlich zu weiteren Investitionen in Höhe von fast 514 Mrd. € führen wird und damit rund 1,4 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen könnte.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

NavVis erhält 20 Mio. € im Rahmen der Investitionsoffensive Europa

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die bayerische NavVis GmbH haben am 08.07.2020 die Unterzeichnung eines Darlehensvertrags in Höhe von 20 Mio. € bekannt gegeben. Das Darlehen der EIB wird dabei durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), dem Kernstück der Investitionsoffensive Europas (EB 21/14) abgesichert. NavVis ist ein weltweit führender Anbieter von Technologien und Lösungen für Indoor Spatial Intelligence für Unternehmen. Durch seine leistungsstarke digitale Zwillingplattform für den Innenbereich wird eine Kartierung in genauem Maßstab ermöglicht. Das Unternehmen wurde 2013 in München gegründet und unterstützt u. a. BMW, Daimler, Allianz, Audi und Skoda.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Rat verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis 31.01.2021

Am 29.06.2020 hat der Rat die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31.01.2021 verlängert. Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, für die eine Frist bis Ende 2015 vorgesehen war, sei nach wie vor nicht vollständig abgeschlossen betonten die Staats- und Regierungschefs am 19.06.2020 beim Europäischen Rat. Die Sanktionen zielen auf den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor sowie auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck ab. Die Sanktionen wurden am



31.07.2014 als Reaktion auf die Aktivitäten Russlands in der Ukraine eingeführt. Sie werden durch nicht-wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen flankiert.

[Pressemitteilung des Rates](#)

ENERGIE

Kommission legt Strategien zu Wasserstoff und zur Integration des Energiesystems vor und startet Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff

Die Kommission hat am 08.07.2020 ihre EU-Wasserstoffstrategie und ihre EU-Strategie zur Integration des Energiesystems vorgelegt. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal (EB 22/19) und dem Aufbauplan der Kommission (EB 09/20) und sollen zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 und zu einem effizienteren und stärker vernetzten Energiesektor beitragen. Derzeit sind 75 % der Treibhausgasemissionen auf den Energiebereich zurückzuführen.

Die EU-Strategie zur Integration des Energiesystems bildet dabei den Rahmen der Energiewende und soll dazu dienen neue Verbindungen zwischen den Sektoren zu schaffen unter Nutzung des technologischen Fortschritts. Durch die Erzeugung und Verwendung von Wasserstoff kann die Dekarbonisierung von Industrie, Verkehr, Stromerzeugung und Gebäuden unterstützt werden. Die Wasserstoffstrategie zielt darauf ab, das Potenzial des Wasserstoffs durch Investitionen, Regulierung, Schaffung von Märkten sowie Forschung und Innovation voll auszuschöpfen.

Zudem hat die Kommission am 08.07.2020 eine Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff ins Leben gerufen, an der Vertreter der Industrie, die Zivilgesellschaft, Minister der nationalen und regionalen Ebene und die Europäische Investitionsbank beteiligt sind. Diese soll eine Investitionspipeline für den Ausbau der Erzeugung aufbauen und die Nachfrage nach sauberem Wasserstoff in der EU fördern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Text der EU-Wasserstoffstrategie](#) (in englischer Sprache)

[Text der EU-Strategie zur Integration des Energiesystems](#)

Ratsschlussfolgerungen im Energiebereich

Der Rat hat am 25.06.2020 Ratsschlussfolgerungen im Energiebereich zur Reaktion auf die Corona-Krise angenommen. Er hebt darin u. a. die Wichtigkeit der Energieversorgungssicherheit und der Widerstandsfähigkeit des europäischen Energiesystems hervor. Des Weiteren stellt der Rat fest, dass die europäische Wirtschaft grüner, kreislauforientierter und digitaler werden und gleichzeitig weltweit wettbewerbsfähig bleiben muss. Die Führungsrolle der EU bei der Entwicklung und Einführung nachhaltiger Technologien müsse weiter gefördert werden, unter Wahrung der mitgliedstaatlichen Souveränität. Zudem bekräftigt der Rat die Notwendigkeit, die Vorschriften für staatliche Beihilfen für Umweltschutz und Energie zu straffen. Ferner solle ein CO₂-Grenzausgleichssystem unter Einhaltung der WTO-Regeln geschaffen werden.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 12/2020 vom 10.07.2020



Die Fortsetzung an der laufenden Umsetzung des Green Deals komme hohe Bedeutung zu u. a. bei der geplanten Renovierungswelle zur Energieeffizienz von Gebäuden, der Strategie zur Integration des Energiesystems, der Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäische Infrastruktur (TEN-E-Verordnung) und dem Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien. Zudem fordert der Rat die Kommission zur Vorlage eines Aktionsplans und eines Fahrplans für Wasserstoff auf.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Text der Ratsschlussfolgerungen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie in Bezug auf die Luftfahrt

Am 03.07.2020 hat die Kommission auf ihrer Feedbackplattform den Fahrplan zur Überarbeitung der Richtlinie 2003/87/EG (Emissionshandelsrichtlinie) des Europäischen Parlaments und des Rates über das Emissionshandelssystem in Bezug auf die Luftfahrt veröffentlicht. Diese Gesetzesinitiative zielt darauf ab, das EU-Emissionshandelssystem in Bezug auf die Luftfahrt zu ändern. Insbesondere wird es dazu dienen, das CO₂-Ausgleichs- und Reduktionsprogramm für die internationale Luftfahrt (CORSIA) durch die EU in einer Weise umzusetzen, die mit den EU-Klimazielen für 2030 im Einklang steht. Die Initiative wird auch vorschlagen, die Anzahl der im Rahmen des Systems versteigerten Zertifikate für Flugzeugbetreiber zu erhöhen. Bis 28.08.2020 besteht dazu auf der Website der Kommission die Möglichkeit zur Rückmeldung. Auch eine öffentliche Konsultation soll voraussichtlich im dritten Quartal 2020 gestartet werden.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

EuGH präzisiert den Begriff "Ruhestätte" der FFH-Richtlinie

Am 02.07.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C 477/19 IE gegen Magistrat der Stadt Wien geurteilt, dass unter dem Begriff „Ruhestätten“ der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) auch Ruhestätten zu verstehen sind, die nicht mehr von einer der in Anhang IV Buchst. a der Richtlinie genannten geschützten Tierarten, wie etwa dem Feldhamster, beansprucht werden, sofern eine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass diese Art an diese Ruhestätten zurückkehrt, was zu prüfen Sache des vorlegenden Gerichts ist. Der Magistrat der Stadt Wien hat gegen einen leitenden Mitarbeiter einer Bauträgersgesellschaft eine Geldstrafe verhängt, weil er Bauarbeiten beauftragt habe, durch die Feldhamsterbaue zerstört bzw. beschädigt worden seien. Der Betroffene hat dies vor dem Verwaltungsgericht Wien angefochten. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts liegt ein Verstoß gegen das Wiener Naturschutzgesetz, das die FFH-Richtlinie umsetzt, bereits dann vor, wenn die Zerstörung oder Beschädigung ohne behördliche Genehmigung erfolgt ist. Der Betroffene bestreitet jedoch, dass durch die Baumaßnahmen tatsächlich eine Feldhamsterruhestätte bzw. eine Feldhamsterfortpflanzungsstätte beschädigt oder zerstört worden ist. Das Verwaltungsgericht hat den Gerichtshof daher um Präzisierung dieser Begriffe ersucht.

[Urteil](#)



Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Verletzung der Umwelthaftungsrichtlinie ein

Am 02.07.2020 hat die Kommission gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verletzung der Umwelthaftungsrichtlinie (Richtlinie 2004/35/EG) eingeleitet. Sie hat Deutschland aufgefordert, sicherzustellen, dass die nationalen Rechtsvorschriften es allen in der Umwelthaftungsrichtlinie genannten Kategorien natürlicher und juristischer Personen gestatten, die zuständige Behörde zu Sanierungsmaßnahmen bei Umweltschäden aufzufordern. Die Richtlinie soll Umweltschäden verhindern oder beheben, indem u. a. natürlichen und juristischen Personen das Recht eingeräumt wird, die zuständige Behörde zu einer Entscheidung über Vermeidungs- oder Sanierungsmaßnahmen durch den haftenden Betreiber aufzufordern. Hintergrund des Vertragsverletzungsverfahrens ist ein EuGH-Urteil, in dem das Recht auf Aufforderung zum Tätigwerden präzisiert wird. Der EuGH hat festgestellt, dass alle Kategorien natürlicher und juristischer Personen, die ein Recht oder Interesse an der Vermeidung oder Sanierung des Schadens haben, die Möglichkeit haben müssen, die Behörden zu einer solchen Entscheidung aufzufordern. Die daraufhin durchgeführte Prüfung der nationalen Vorschriften durch die Kommission ergab, dass 16 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, nicht alle Kategorien von Berechtigten vollständig erfasst haben. Deutschland hat nun drei Monate Zeit, um Abhilfe zu schaffen.

[Übersicht der Vertragsverletzungsverfahren](#)

EUA veröffentlicht Briefing zur Verbindung von Schutzgebieten mit grüner Infrastruktur

Am 02.07.2020 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ein Briefing zum Thema „Der Aufbau eines Trans-Europäischen Naturnetzwerkes“ veröffentlicht. Darin analysiert die EUA das Potenzial der Nutzung grüner Infrastruktur, um geschützte Natura-2000-Gebiete mit anderen natürlichen und halbnatürlichen Landschaften zu verbinden. Laut dem Briefing der EUA sind etwa 80 % der derzeitigen Natura-2000-Gebiete bereits durch natürliche oder halbnatürliche Gebiete miteinander verbunden. Etwa 15 % der nicht miteinander verbundenen Natura-2000-Gebiete sind weniger als ein Kilometer voneinander entfernt, werden aber beispielsweise von Autobahnen, landwirtschaftlichen Flächen oder städtischen Gebieten durchschnitten, die die Bewegung von Arten und die Fähigkeit des Gebiets, Ökosystemdienstleistungen anzubieten, einschränken. Die EUA kommt zu dem Schluss, dass die Verbindung von Naturgebieten mit grüner Infrastruktur die Ökosystemdienstleistungen innerhalb des geschützten Netzwerks und in seinen umliegenden Gebieten um etwa 10 % steigern könnte und diese Vorteile durch die Verbindung von EU-Standorten mit benachbarten Regionen mit wenig oder sehr wenig Management-Eingriffen ausgeweitet werden könnten.

[Briefing](#) (in englischer Sprache)



Kommission startet Konsultation zu den EU-Vorschriften für fluorierte Treibhausgase

Am 29.06.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften für fluorierte Treibhausgase gestartet. Fluorierte Treibhausgase werden vor allem in der Kälte- und Klimatechnik eingesetzt und führen zu Klimaveränderungen. Im Jahr 2014 hat die EU Vorschriften erlassen (Verordnung EU 517/2014), die die EU-Emissionen erheblich reduzieren sollen. Angesichts des europäischen Green Deal und des geplanten Europäischen Klimagesetzes, der jüngsten internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Montrealer Protokolls, des technischen Fortschritts und der bei der Umsetzung gewonnenen Erkenntnisse ist es notwendig, die Regeln zu aktualisieren. Beiträge zur Konsultation sind möglich bis 07.09.2020.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Online-Plattform für einen gerechten Übergang (JTP)

Am 29.06.2020 hat die Kommission zusammen mit Kohle- und anderen CO₂-intensiven Regionen eine europäische Online-Plattform für einen gerechten Übergang gestartet. Diese soll die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung der gebietsspezifischen Pläne für einen gerechten Übergang unterstützen, technische Unterstützung und Beratung sowie Zugang zu Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten aus dem 150 Mrd. € schweren Mechanismus für einen gerechten Übergang bieten. Darüber hinaus soll sie den Zugang zu den beiden anderen Säulen des gerechten Übergangs InvestEU und die Darlehensfazilität erleichtern. Gegen Ende 2020 ist geplant auf der Plattform eine Projekt- und Expertendatenbank zur Verfügung zu stellen.

Konkret bietet die Online-Plattform:

1. technische Unterstützung und Beratung der Mitgliedstaaten und Regionen bei der Umsetzung der territorialen Pläne für einen gerechten Übergang
2. eine webbasierte zentrale Anlaufstelle für Anfragen zum gerechten Übergang an die Kommission
3. die Möglichkeit zum Austausch von Informationen, Erfahrungen und Wissen innerhalb von speziellen Projekt- und Expertendatenbanken
4. ein Dialogforum über den gerechten Übergang zwischen lokalen und nationalen Interessenträgern, Sozialpartnern, Behörden und EU-Institutionen

[Plattform](#)

Kommission veröffentlicht Bericht zur Bewertung der Umsetzung der Richtlinie über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen

Am 26.06.2020 hat die Kommission ihren Bericht zur Bewertung der Umsetzung der Richtlinie über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass Deutschland ebenso wie ca. 20 andere Länder Gefahr laufen, ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020 bzw. 2030 nicht zu erfüllen. Einige Mitgliedstaaten wendeten wirksame Verfahren an, die von anderen als Vorbild herangezogen



werden könnten. Es seien aber zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung erforderlich. Die Kommission werde die dazu unternommenen nationalen Anstrengungen überwachen und sowohl finanziell als auch nichtfinanziell unterstützen. Insbesondere in der Landwirtschaft seien Anstrengungen erforderlich, um die Ammoniakemissionen zu verringern, was die größte Herausforderung bei der Umsetzung in der gesamten EU darstelle. Sowohl beim Szenario „mit Maßnahmen“ als auch beim Szenario „mit zusätzlichen Maßnahmen“ wird die Nichteinhaltung der NH₃-Emissionsreduktionsverpflichtungen am häufigsten prognostiziert (sowohl für 2020 - 2029 als auch für 2030 ff.), gefolgt von NMVOC, NO_x und PM_{2,5}. Neben dem Umsetzungsbericht hat die Kommission ebenfalls am 26.06.2020 eine von ihren Beratern vorgenommene Analyse der nationalen Luftreinhalteprogramme der einzelnen Mitgliedstaaten sowie einen zusammenfassenden, EU-weiten horizontalen Bericht veröffentlicht.

[Bericht der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Annex des Berichts der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht der nationalen Luftreinhalteprogramme sowie deren Analysen durch die Berater](#) (in englischer Sprache)

[EU-weiter horizontaler Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Annex des EU-weiten horizontalen Bericht](#) (in englischer Sprache)

EuGH präzisiert die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung

Am 25.06.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-24/19 A. u. a. / Gewestelijke stedenbouwkundige ambtenaar van het departement Ruimte Vlaanderen, afdeling Oost-Vlaanderen (Behörde für Regionale Stadtentwicklung in Flandern) geurteilt, dass ein Erlass und Rundschreiben, die Bestimmungen über die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen enthalten unter den Begriff „Pläne und Programme, die aufgrund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erstellt werden müssen“ im Sinne der Richtlinie 2001/42 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme fallen. Weiterhin hat der EuGH geurteilt, dass diese Rechtsakte, die jeweils unterschiedliche Bestimmungen über die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen enthalten, darunter Maßnahmen in Bezug auf Schattenwurf, Sicherheit und Geräuschpegelnormen, zu den Rechtsakten zählen, die einer solchen Umweltprüfung unterzogen werden müssen. Das Urteil bezieht sich auf ein Ersuchen um Auslegung durch den Gerichtshof im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen Anrainern eines nahe der Autobahn E40 auf dem Gebiet der belgischen Gemeinden Aalter und Nevele gelegenen Grundstücks, auf dem eine Windfarm entstehen soll, und dem Regionalen Städtebaubeamten für den Raum Flandern wegen der von dieser Behörde erteilten städtebaulichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von fünf Windkraftanlagen.

[Urteil](#)



Kommission startet Konsultation zum Baseler Übereinkommen

Am 24.06.2020 hat die Kommission eine Konsultation zum Baseler Übereinkommen gestartet. Die EU ist Unterzeichner des Basler Übereinkommens, das darauf abzielt, die Verbringung gefährlicher Abfälle aus entwickelten Ländern in weniger entwickelte Länder zu unterbinden. Im Jahr 2019 einigten sich die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten darauf, Kunststoffabfälle in den Geltungsbereich des Übereinkommens aufzunehmen. Dies soll mittels einer delegierten Verordnung bzw. mit folgenden Zielen umgesetzt werden: Verbot der Ausfuhr gefährlicher und schwer wiederverwertbarer Kunststoffabfälle aus der EU in Nicht-OECD-Länder, Einführung von Kontrollen solcher Ausfuhr in OECD-Länder sowie Klarstellung, dass die Verbringung nicht gefährlicher Abfälle innerhalb der EU von neuen Kontrollen ausgenommen ist. Rückmeldungen zur Konsultation sind bis 22.07.2020 möglich.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

EuGH weist Klage von Geflügelfleischproduzenten aus Brasilien ab

Am 08.07.2020 hat der EuGH in der Rechtssache T-429/18 BRF und SHB Comercio e Industria de Alimentos/Kommission entschieden, die Klage zweier brasilianischer Fleischproduzenten auf Nichtigerklärung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/700 abzuweisen, mit der aus Gründen der öffentlichen Gesundheit die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Betrieben dieser Produzenten in die EU verboten wird. Die brasilianischen Fleischproduktions- und Vertriebsunternehmen hatten sich gegen die Durchführungsverordnung der Kommission gewandt, mit der die Streichung von zwölf Betrieben der beiden Unternehmen aus der Liste derjenigen Betriebe vorgenommen wurde, deren Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EG) 854/2004 in die EU eingeführt werden dürfen. Die Kommission hat in der Durchführungsverordnung dargelegt, dass verschiedene Umstände darauf hinweisen, dass die Einhaltung der Unionsanforderungen durch die Betriebe der beiden klagenden Unternehmen nicht ausreichend garantiert werden kann, so dass deren Erzeugnisse eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen können. Zum einen seien anhand von Kontrollen Salmonellen in ihrem Geflügelfleisch festgestellt worden, zum anderen bestünde der konkrete Verdacht auf Betrug bei der Erstellung von Bescheinigungen für Erzeugnisse. Nach Auffassung des EuGH habe die Kommission die Durchführungsverordnung damit ausreichend begründet.

[Urteil](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Jahresbericht zu RAPEX und Ergebnisse der CASP vor

Am 07.07.2020 hat die Kommission ihren Bericht über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte (RAPEX) im Nicht-Lebensmittelbereich für das Jahr 2019 vorgelegt. Demnach wurden im vergangenen Kalenderjahr 2243 Warnmeldungen übermittelt, die insgesamt 4477 Folgemaßnahmen wie Verbote, Rücknahmen, Rückrufe oder Einfuhrverweigerung nach sich zogen. Auf Deutschland entfielen 454 Meldungen,



darunter 98 mit Folgemaßnahmen. Auf gesamteuropäischer Ebene ist Spielzeug (29 %) die am häufigsten gemeldete Produktkategorie vor Kraftfahrzeugen (23 %) und Bekleidungsartikeln (8 %). In Deutschland waren Kraftfahrzeuge mit Abstand am häufigsten betroffen (74 %), gefolgt von Spielzeug und Bekleidungsartikeln (jeweils 5 %). Auch am 07.07.2020 hat die Kommission die Ergebnisse der koordinierten Maßnahmen zur Produktsicherheit (CASP) veröffentlicht. Dabei waren 652 von den Mitgliedstaaten ausgewählte Produkte gemeinsam von Kommission und europäischen Behörden auf ihre Sicherheit getestet worden. Zu den getesteten Produkten zählten persönliche Beförderungsmittel, Kuscheltiere, Ladegeräte, Batterien, Fahrradsitze für Kinder und Wabbelmasse. 38 % aller geprüften Produkte verstießen gegen bestimmte Aspekte der EU-Sicherheitsvorschriften. Bei 11 % der Produkte wurde ein ernstes Risiko für die Verbraucher festgestellt. Mit 68 % wiesen Kuscheltiere die meisten ernstesten Risiken auf, während Batterien mit 1 % die geringsten ernstesten Risiken verzeichneten.

[Bericht](#)

[Factsheet](#)

[Ergebnisse der koordinierten Maßnahmen zur Produktsicherheit](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zur neuen "EU-Verbraucher-Agenda"

Am 30.06.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen „EU-Verbraucher-Agenda“ gestartet. Ziel der Konsultation ist es die Meinung der Öffentlichkeit zu vier Initiativen in der EU-Verbraucherpolitik zu sammeln, die die Kommission in den Jahren 2020/2021 vorschlagen will:

1. Eine neue Verbraucher-Agenda soll einen neuen strategischen Rahmen für die EU-Verbraucherpolitik schaffen
2. Die Stärkung der Verbraucher für den grünen Übergang soll darauf abzielen, die Beteiligung der Verbraucher am grünen Übergang zu verbessern
3. Die Überprüfung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge (2008/48/EG) folgt auf ihre jüngste Evaluierung, bei der mehrere Herausforderungen aufgezeigt wurden, die ihr Funktionieren behindern
4. Die Überprüfung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit (2001/95/EG) soll darauf abzielen, die Richtlinie an die Herausforderungen anzupassen, die durch neue Technologien und den Online-Verkauf entstehen

Die Konsultation richtet sich an Behörden, Berufsverbände, internationale Ansprechpartner, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler sowie alle weiteren Interessenträger. Eine Beteiligung an der Konsultation ist möglich bis 06.10.2020.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)



COVID-19

Kommission veröffentlicht Erklärung zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Am 26.06.2020 hat die Kommission ergänzende Erklärungen zur geänderten Richtlinie (EU) 2020/730 vom 03.06.2020 mit der SARS-CoV-2 in die dritte Risikogruppe in Anhang III der Richtlinie 2000/54/EG über biologische Arbeitsstoffe eingestuft wurde, veröffentlicht. Diese sollen mehr Sicherheit am Arbeitsplatz in allen Sektoren, in denen das Risiko von COVID-19 hoch ist, dienen. In den Erklärungen erinnert sie an die Verpflichtung aller Arbeitgeber, eine umfassende und aktuelle Gefahrenevaluierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 durchzuführen und auf dieser Grundlage entsprechende Schutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Gefahrenverhütung zu ergreifen. Die Kommission fordert auf, dass Arbeitgeber nicht nur den Arbeitnehmern, die mit dem Virus SARS-CoV-2 selbst arbeiten, sondern allen Arbeitnehmern, die dem Virus und somit dem Risiko von COVID-19 ausgesetzt sind, schriftliche Anweisungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus verpflichtet sich die Kommission, Europäisches Parlament (EP) und Rat regelmäßig über die Ergebnisse der Überprüfung der Einstufung des neuartigen Coronavirus im Lichte der Entwicklungen in der Wissenschaft zu informieren. Darüber hinaus will sie prüfen, ob die Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe überarbeitet werden sollte und wird das EP hierüber bis Ende 2020 unterrichten. Die Mitgliedstaaten haben nun fünf Monate Zeit, die mit der Einstufung von SARS-CoV-2 einhergehenden Änderungen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz umzusetzen.

[Erklärungen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Rat diskutiert per Videokonferenz über Fortschrittsbericht zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) diskutierte in seiner informellen Sitzung am 29.06.2020 per Videokonferenz den von der kroatischen Präsidentschaft vorgelegten Fortschrittsbericht zum Verhandlungsstand der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Minister begrüßten den Bericht und die erarbeiteten Kompromisse, die trotz der erschwerten Bedingungen unter der COVID-19-Pandemie erreicht wurden. Im Hinblick auf die grüne Architektur und das Zusammenspiel mit der „Farm to Fork“- und der Biodiversitätsstrategie machten sie jedoch weiteren Diskussionsbedarf deutlich. Ferner führten sie eine Aussprache zur Mitteilung der Kommission zu den Fischfangmöglichkeiten für 2021, die den Auftakt zur Festlegung der Höhe der zulässigen Gesamtfangmengen (TACs) und der Fangquoten für das Jahr 2021 darstellt.

[Fortschrittsbericht der kroatischen Präsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

[Webaufzeichnung der öffentlichen Aussprache](#) (in englischer Sprache)

[Weitergehende Informationen zur Ratstagung](#)

Trilog erzielt informelle Einigung zur GAP-Übergangsverordnung

Am 30.06.2020 haben Rat und Europäisches Parlament (EP) im Trilog zur Übergangs-Verordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine informelle politische Einigung erzielt. Dabei haben sich die beiden Institutionen auf einen zweijährigen Übergangszeitraum geeinigt. Somit würde die neue GAP im Jahr 2023 in Kraft treten und bis dahin die bestehenden Vorschriften praktisch unverändert fortgeführt. Zu den wenigen Änderungen gehören neue mehrjährige Verpflichtungen in der zweiten Säule auf drei Jahre (in Ausnahmen bis fünf Jahre) zu begrenzen, den Schwellenwert zur Auslösung von Risikomanagementkompensationen von 30 % auf 20 % zu verringern sowie das System der Pflanzgenehmigungen im Weinbau zu verlängern. Das erzielte Ergebnis ist nur vorläufig, da der vereinbarte Text noch um die entsprechenden Zahlen aus dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027 ergänzt werden muss. Nach Einigung auf den MFR wird der Trilog fortgeführt, um die Verhandlungen formell abzuschließen. EP und Rat müssen dann den finalen Text noch billigen.

[Dokument mit dem Text des erzielten Kompromisses](#) (in englischer Sprache)

Analyse des Europäischen Rechnungshofs sieht Klimaschutz Ausgaben der GAP überbewertet

Am 02.07.2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) eine Analyse zur „Verfolgung der Klimaschutz Ausgaben im EU-Haushalt“ veröffentlicht. Dabei legten die Prüfer ihr Augenmerk auf die Verfolgung von Klimaschutzmaßnahmen in den Politikbereichen Landwirtschaft, Kohäsion und Forschung. Bereits im Sonderbericht Nr. 31/2016 hatte der ERH davor gewarnt, dass das derzeitige Ziel eines Anteils der EU-Klimaschutz Ausgaben von 20 % verfehlt werden könnte. In der neuen Analyse werden seine Bedenken



hinsichtlich der Methodik der Kommission zur Verfolgung klimabezogener Ausgaben bekräftigt. So weist die Analyse insbesondere darauf hin, dass der Beitrag bestimmter Regelungen (für beide Säulen) der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Bekämpfung des Klimawandels überschätzt werde. Außerdem würden landwirtschaftliche Tätigkeiten mit potenziell negativen Klimaauswirkungen nicht berücksichtigt. Als wichtigste Herausforderungen für eine zuverlässige und relevante Berichterstattung über klimabezogene Ausgaben nennt die Analyse die Bereitstellung einer soliden Methodik zur Verfolgung klimabezogener Ausgaben, eine durchgängige Anwendung der Methodik in allen Politikbereichen sowie die Verrechnung von Ausgaben, die den Klimawandel beschleunigen können. Diese Analyse ist kein eigenständiger Prüfbericht. Sie zielt vielmehr darauf ab, die frühere Untersuchung des ERH zur Verfolgung klimabezogener Ausgaben im EU-Haushalt, entsprechend dem Ersuchen des Rates und des Europäischen Parlaments, zu aktualisieren.

[Analyse des ERH](#)

Absatzförderung von Agrarprodukten: Kommission veröffentlicht zwei zusätzliche Ausschreibungen zur Bekämpfung der COVID-19-Auswirkungen

Am 30.06.2020 veröffentlichte die Kommission zwei zusätzliche Ausschreibungen zur Absatzförderung von Agrarprodukten, um die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf den Sektor abzumildern. Neben den zur Verfügung stehenden 200,9 Mio. € für Absatzfördermaßnahmen im Jahr 2020 (EB 01/20) werden im Rahmen der zusätzlichen Ausschreibungen weitere 10 Mio. € Fördermittel bereitgestellt (je 5 Mio. € für Einzel- bzw. Multi-Programme). Erzeugerorganisationen und Berufsverbände können ihre Vorschläge für einschlägige Werbekampagnen bis zum 27.08.2020 einreichen.

[Informationen zu Einzelland-Programmen](#) (in englischer Sprache)

[Informationen zu Multi-Programmen](#) (in englischer Sprache)

EU hebt Einfuhrzölle auf Mais, Roggen und Sorghum auf

Am 03.07.2020 hat die Kommission die Importzölle für Mais, Roggen und Sorghum wieder vollständig aufgehoben. Bereits am 23.06.2020 wurde der Zollsatz gegenüber seinem Höchststand vom Mai dieses Jahres abgesenkt (EB 11/20). Erstmals wurden die Zölle Ende April eingeführt. Mit dieser Maßnahme sollte sichergestellt werden, dass die europäischen Erzeuger aufgrund der Marktbedingungen nicht benachteiligt werden. Die Entscheidung beruht auf Verordnung (EU) Nr. 642/2010 über die Einfuhrzölle im Getreidesektor, wonach der Einfuhrzoll für Mais, Sorghum und Roggen aus der Differenz zwischen EU-Referenzpreis und dem US-Maispreis berechnet und automatisch ausgelöst wird. Durch eine deutliche Steigerung der Weltmarktpreise konnten die Zölle nun wieder aufgehoben werden.

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2020/959 der Kommission zur Aufhebung der Einfuhrzölle](#)



Kommission veröffentlicht Überblick über die EU-Eiweißfuttermittelversorgung

Wie die Kommission am 01.07.2020 mitteilte, erwartet sie für das Geschäftsjahr 2019/2020 einen EU-Futterproteinbedarf von 84 Mio. t. Davon kann ein Anteil von 78 % aus EU-Anbau gedeckt werden. Mit 38 Mio. t macht Raufutter 45 % des gesamten Futtermittelverbrauchs aus und ist wichtigste Quelle für die Proteinversorgung. Während die EU in Bezug auf die Raufuttermittelversorgung völlig autark ist, werden nur 24 % der Futtermittel aus Ölsaaten in der EU produziert. Getreide macht einen Anteil von 20 % an der Fütterung aus. Davon stammen 90 % aus EU-Quellen. Diese Bilanzierung geht auf die Empfehlung des Berichts der Kommission über die Entwicklung von Eiweißpflanzen in der EU (EB 19/18) zurück, durch eine verbesserte Marktanalyse die Transparenz im Futtermittelbereich zu erhöhen.

[EU-Bilanz für Futterprotein 2019/2020](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht neuen Ausblick auf die Agrarmärkte

In ihrem neuesten Prognosebericht zur Entwicklung der Agrarmärkte 2020 erwartet die Kommission aufgrund geringerer Anbauflächen und trockenerer Witterung einen Rückgang der EU-Getreideproduktion um 2,7 % auf 286,3 Mio. t. Bei Raps wird im Wirtschaftsjahr 2020/21 eine gleichbleibende Erntemenge von 15,4 Mio. t erwartet, bei den Eiweißpflanzen soll die Produktion im aktuellen Jahr 4,5 Mio. t erreichen. Auch die Zuckerrübenproduktion soll 2020/21 stabil bleiben. Neben eines rückläufigen Weinverbrauchs und geringerer Weinexporte (- 7 %) wird durch die COVID-19-Maßnahmen eine verstärkte Nutzung für die Erzeugung von Branntwein und Essig erwartet. Bei der Milchproduktion wird ein leichter Anstieg um 0,7 % erwartet, jedoch dürften die Verluste der fehlenden Gastronomienachfrage nach Molkereiprodukten durch die COVID-19-Krise kaum ausgeglichen werden können. Mit Ausnahme von Schweinefleisch (+ 0,5 %) werden im gesamten Fleischbereich rückläufige Produktionsmengen vorhergesagt: Rindfleisch - 1,7 %, Geflügel - 2 % sowie Schaf- und Ziegenfleisch - 1,5 %. Ebenfalls wegen der Pandemie wird ein Rückgang des Fleischkonsums um 2,5 % auf 65,4 kg/Kopf im laufenden Jahr prognostiziert.

[Aktueller Prognosebericht der Kommission für 2020](#) (in englischer Sprache)

EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse im ersten Quartal 2020 aufstrebend

Nach Mitteilung der Kommission stiegen die EU-Ausfuhren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen im ersten Quartal 2020 an. Mit 46,8 Mrd. € lagen die aktuellen Ausfuhrwerte um 6,2 % über den Exporten vom ersten Quartal 2019. Die höchsten Zuwachsraten wurden für die Exporte nach China (+ 1,1 Mrd. €), Saudi-Arabien (+ 312 Mio. €) sowie nach Marokko (+ 240 Mio. €) erzielt. Am stärksten gesunken sind die Ausfuhren ins Vereinigte Königreich (- 827 Mio. €), nach Hongkong (- 158 Mio. €) sowie in den Libanon (- 93 Mio. €). Bei der Betrachtung der Warengruppen zeigten sich die höchsten Zuwächse bei Weizen (+ 979 Mio. €), Schweinefleisch (+ 901 Mio. €) und anderen Getreidearten (+ 354 Mio. €). Die Importe stiegen um 816 Mio. € (+ 2,6 %) auf rund 31,9 Mrd. €. Die größten Anstiege zeigten sich bei den Einfuhren aus Kanada (+ 366 Mio. €),



Indonesien (+ 335 Mio. €) und von der Elfenbeinküste (+ 238 Mio. €). Die Warengruppe mit dem höchsten Zuwachs an Importen waren tropische Früchte (+ 547 Mio. €).

[Bericht der Kommission für das erste Quartal 2020](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission legt Vorschläge zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa vor

Die Kommission hat am 01.07.2020 Vorschläge zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa veröffentlicht. So will die Kommission insbesondere die aus dem Jahre 2013 stammende Jugendgarantie stärken und schlägt deren Neuauflage vor, die unter der Überschrift „Eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation“ steht. Die bisher bestehende Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, jungen Menschen innerhalb von vier Monaten ein Stellen-, Bildungs-, Ausbildungs- oder Weiterbildungsangebot anzubieten, soll aufrechterhalten werden. Die Initiative in der Form einer Empfehlung des Rates will zukünftig arbeitslose junge Menschen im Alter unter 30 Jahren erfassen. Bisher lag das Höchstalter bei 25 Jahren. Zudem verfolgt die neue Jugendgarantie einen inklusiveren Ansatz: Ziel ist es, jegliche Form von Diskriminierung zu vermeiden und benachteiligte Gruppen wie Angehörige von ethnischen Minderheiten, junge Menschen mit Behinderungen oder junge Menschen etwa aus ländlichen Gebieten stärker einzubeziehen. Die Kommission weist im Übrigen darauf hin, dass ihre Vorschläge für NextGenerationEU und den künftigen EU-Haushalt ab 2021 umfassende EU-Mittel für die Jugendbeschäftigung vorsehen würden, z. B. die Finanzierung von Jugendbeschäftigungsinitiativen über den Europäischen Sozialfonds Plus.

[Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Maßnahmen](#)

[Fragen und Antworten der Kommission](#)

[Vorschlag der Kommission zur Stärkung der Jugendgarantie](#)

Kommission veröffentlicht Kompetenzagenda sowie einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

Die Kommission hat am 01.07.2020 ihre Mitteilung zu einer Europäischen Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz und darin enthalten, den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz vorgestellt (siehe hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

Europäisches Parlament billigt Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) billigten auf ihrer Plenartagung am 08.07.2020 das Gesetzespaket zur Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr, das von der Kommission am 31.05.2017 als Teil des sog. Mobilitätspaket I vorgelegt wurde. Der mit dem Ministerrat im Dezember 2019 ausgehandelte Kompromisstext wurde im Juni 2020 bereits vom Verkehrsausschuss des EP angenommen (EB 10/20).

[Pressemitteilung des EP](#)



EU-Wettbewerbsrecht: Kommission erwägt Ausnahme bei Tarifvereinbarungen für Selbständige

Die Kommission will sicherstellen, dass die Arbeitsbedingungen nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Selbständige in Tarifverträgen festgelegt werden können und die EU-Wettbewerbsregeln solchen Vereinbarungen nicht entgegenstehen.

Interessenträger aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor, darunter Wettbewerbsbehörden und staatliche Stellen, Hochschulen sowie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände werden daher ersucht, an der laufenden öffentlichen Konsultation zum Legislativpaket über digitale Dienste teilzunehmen. Die Antworten sollen in die laufenden Überlegungen zu dieser Initiative einfließen, so die Kommission.

Hintergrund:

Nach den Verträgen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen verboten, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarkts bezwecken oder bewirken. Der EU-Gerichtshof erkenne Angaben der Kommission zufolge zwar an, dass Arbeitnehmer nicht in den Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln fallen. Zweifel bestünden jedoch dann, wenn Tarifverhandlungen Berufsgruppen erfassen würden, die keine Arbeitnehmer sind. Nach dem EU-Wettbewerbsrecht könnten diese dann als „Unternehmen“ gelten mit der Folge, dass EU-Wettbewerbsvorschriften anzuwenden seien. Dies könnte insbesondere für Plattformbeschäftigte relevant sein.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen zur Konsultation zum Legislativpaket über digitale Dienste](#) (in englischer Sprache)

EuGH zum Anspruch auf bezahlten Urlaub nach rechtswidriger Entlassung

Der EuGH hat am 25.06.2020 entschieden, dass Arbeitnehmer für den Zeitraum zwischen einer später für rechtswidrig erklärten Entlassung und der Wiederaufnahme der Beschäftigung Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub haben. Der Zeitraum zwischen der Entlassung und der Wiederaufnahme der Beschäftigung ist nämlich für die Zwecke der Feststellung des Jahresurlaubs einem tatsächlichen Arbeitszeitraum gleichzustellen, so der EuGH in seiner Entscheidung auf Vorlage des italienischen Kassationshofs und eines bulgarischen Bezirksgerichts. Wird ein Arbeitnehmer nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit erneut entlassen oder endet das Arbeitsverhältnis aus einem anderen Grunde, kann der Arbeitnehmer eine finanzielle Vergütung für den nicht genommenen Urlaub verlangen.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil des EuGH](#)



Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt: Bewertung des EU-Rechtsrahmens

Die EU-Kommission will ermitteln, ob die geltenden EU-Rechtsvorschriften zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beigetragen haben, ob es Lücken in den EU-Rechtsvorschriften gibt und dementsprechend, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind. Die Frist für Rückmeldungen zu dem von der Kommission veröffentlichten Fahrplan endet am 21.08.2020. Für das vierte Quartal 2020 plant die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema.

[Weitere Informationen](#)

Arbeitslosenquote steigt im Mai 2020 im Euroraum auf 7,4 % und in der gesamten EU auf 6,7 %

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 02.07.2020 mitteilte, lag die Arbeitslosenquote im Euroraum im Mai 2020 bei 7,4 %, nachdem sie im April 2020 bei 7,3 % gelegen hatte. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im Mai 2020 bei 6,7 % im Vergleich zu 6,6 % im Vormonat. In Deutschland stieg sie um 0,1 Prozentpunkte auf 3,9 %.

Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im Mai 2020 in der Eurozone 12,15 Mio. und in der gesamten EU 14,37 Mio. Menschen arbeitslos.

Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Mai 2020 in der gesamten EU bei 15,7 % im Vergleich zu 15,4 % im April 2020. Im Euroraum stieg diese von 15,7 % auf 16,0 % im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland blieb sie mit 5,4 % unverändert gegenüber dem Vormonat.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Kommission richtet weitere globale Geberkonferenz aus

Die Kommission hat am 27.06.2020 als Teil ihrer globalen Coronavirus-Krisenreaktion eine weitere Geberkonferenz veranstaltet, bei der 6,15 Mrd. € an zusätzlichen Finanzmitteln gesammelt wurden. Der Kommission zufolge wurde im Rahmen der Konferenz mit dem Titel „Global Goal: Unite for our Future“ zudem die Verpflichtung eingegangen, Produktionskapazitäten für mehr als 250 Millionen Impfstoffdosen für Länder mit mittlerem und schwachem Einkommen vorzusehen.

Durch die Kampagne sollen die Entwicklung und Verfügbarmachung von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie unterstützt werden. Der Kommission zufolge sind seit dem Start des von ihr angestoßenen Spendenmarathons bereits insgesamt 15,9 Mrd. € gesammelt worden.

[Pressemitteilung der Kommission zu den Ergebnissen der Geberkonferenz](#)

Coronavirus: CureVac erhält ein Darlehen in Höhe von 75 Mio. € für die Impfstoffproduktion

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat mit dem deutschen biopharmazeutischen Unternehmen CureVac aus Tübingen eine Darlehensvereinbarung in Höhe von 75 Mio. € für die Entwicklung von Impfstoffen geschlossen, u. a. zur Entwicklung eines Impfstoffes gegen COVID-19. Die Finanzierung erfolgt über die Finanzierungsfazilität für Infektionskrankheiten im Rahmen des Forschungs- und Rahmenprogramms Horizont 2020 (siehe hierzu Beitrag des StMWi und StMWK).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Coronavirus: EU-Initiative zur Erleichterung des Handels mit Gesundheitsprodukten

Die Kommission hat am 15.06.2020 ein Konzept für eine internationale Initiative im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) veröffentlicht, die den Handel mit Gesundheitsprodukten erleichtern soll. Der Kommission zufolge soll sich die Initiative damit befassen, wie der Zugang zu Arzneimitteln und medizinischen Gütern erleichtert und Handelsstörungen in Krisenzeiten vermieden werden können.

Nach Mitteilung der Kommission könnte die Initiative zu einem internationalen Übereinkommen führen, das allen WTO-Mitgliedern offensteht. Ein künftiges Übereinkommen könne den Handel mit Gesundheitsprodukten erleichtern und die weltweite Vorbereitung auf künftige Gesundheitskrisen durch folgende Maßnahmen verbessern: Abschaffung der Zölle auf pharmazeutische und medizinische Produkte; Einführung einer Regelung für die weltweite Zusammenarbeit in Gesundheitskrisen, die Themen wie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Zölle und Transit sowie öffentliche Beschaffungen und Transparenz abdeckt; Verbesserung der derzeitigen WTO-Regeln für den Handel mit wichtigen Gütern.

[Konzeptpapier der Kommission](#) (in englischer Sprache)



[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission legt Bericht über Auswirkungen des demografischen Wandels vor

Die Kommission hat am 17.06.2020 einen Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa vorgelegt. Der Bericht kommt nach Untersuchung der Triebkräfte und Folgen des demografischen Wandels zu dem Ergebnis, dass demografische Erwägungen in allen Bereichen der EU-Politik berücksichtigt und bestehende Herausforderungen entschlossen angegangen werden müssen.

Im Hinblick auf Gesundheitswesen und Langzeitpflege stellt die Kommission in dem Bericht fest, beide Bereiche stünden unter zunehmendem Druck. Die Coronavirus-Pandemie stelle eine zusätzliche, große Belastung dar. Die größte Herausforderung bestehe darin, der wachsenden Nachfrage nach ausreichenden, zugänglichen, hochwertigen und bezahlbaren Gesundheits- und Langzeitpflegediensten im Sinne der europäischen Säule sozialer Rechte gerecht zu werden. Der Bericht hebt zudem u. a. Herausforderungen durch chronische Erkrankungen hervor, auf die derzeit bereits 70 – 80 % der Gesundheitskosten entfallen würden, sowie die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich attraktiver zu gestalten.

[Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels](#)

[Statistiken rund um den demografischen Wandel](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Folgenabschätzung zum Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume

Am 03.07.2020 hat die Kommission eine [anfängliche Folgenabschätzung](#) veröffentlicht zu einem Rechtsrahmen für die Governance gemeinsamer Europäischer Datenräume. Mit der Initiative sollen Forschung und Innovation mit Daten der öffentlichen Hand ermöglicht werden, deren Nutzung aufgrund der Rechte Dritter nur unter Bedingungen möglich ist, und Kosten für Datennutzung und -Teilen gesenkt werden. Dazu soll eine europäische Unterstützungsstruktur geschaffen werden, die für Interoperabilität und Standardisierung sorgt. In Erwägung gezogen wird auch eine Verpflichtung an Mitgliedstaaten, One-Stop-Shops für interessierte Wissenschaftler und innovative Unternehmen anzubieten sowie die Stärkung neuartiger Daten-Intermediäre wie Datentreuhänder. Diese könnten mit der Entwicklung eines Labels oder einer Zertifizierung unterstützt werden. Zudem soll die Nutzung von freiwillig durch Private oder Unternehmen „gespendete“ Daten erleichtert werden. Dazu könnten Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Datenaltruismus-Mechanismen einzurichten oder Apps zur einfachen Datenverwaltung zu zertifizieren. Rückmeldungen zur Folgenabschätzung sind bis zum 31.07.2020 möglich. Legislativvorschläge sind für das vierte Quartal angekündigt.

Konsultation zur Überarbeitung der NIS-Richtlinie gestartet

Nach Auffassung der Kommission sind, trotz erreichter Fortschritte, die Cybersicherheitskapazitäten in der EU nach wie vor zu ungleich und der Schutz vor Cyber-Bedrohungen unzureichend. Bis zum 02.10.2020 sammelt die Kommission deshalb Rückmeldungen zu einer Revision der Richtlinie über die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen (siehe Beitrag des StMI in diesem EB).

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)